

Modul 1 / Kapitel 2

Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge

2.1	Lernziele	2
2.2	Einordnung ins St. Galler Management-Modell	3
2.3	Grundbegriffe	4
	Bruttoinlandprodukt BIP	4
	Strukturwandel	5
2.4	Markt und Marktwirtschaft	7
	Der Marktmechanismus	7
	Soziale Marktwirtschaft	18
2.5	Das Geld- und Finanzsystem	19
	Funktion und Geldmengen	19
	Geldschöpfung	21
	Das Wechselkurssystem	33
	Preisentwicklung (Jahresdurchschnitt)	38
2.6	Konjunktur und Konjunkturpolitik	39
	Konjunkturzyklus	39
	Konjunkturpolitik	41
2.7	Wachstum und Wohlstand	
	Warum ist die Schweiz so reich?	43
2.8	Arbeitslosigkeit	44
	Ursachen der Arbeitslosigkeit	45
2.9	Globalisierung	53
	Einstiegsaufgabe	53
	Definition und Voraussetzung	54
	Vor- und Nachteile der Globalisierung	56

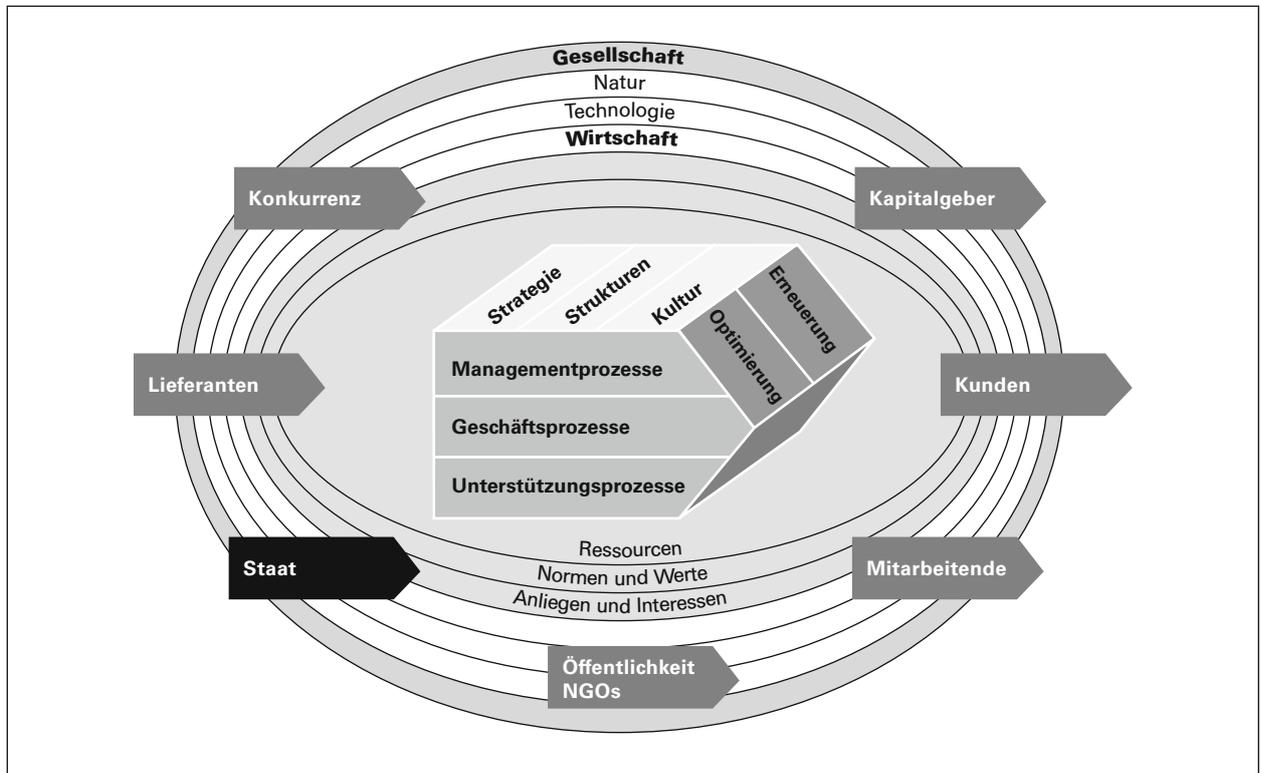
2.1 Lernziele



Die Teilnehmenden

- nennen selbstständig und korrekt die wichtigsten volkswirtschaftlichen Grundlagen.
- beschreiben selbstständig und richtig verschiedene Zusammenhänge im Spannungsfeld Wirtschaft-Politik-Gesellschaft
- erklären eigenständig und richtig die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge in der sozialen Sicherheit
- nennen selbstständig die Grundlagen, um aktuelle wirtschafts-, staats- und sozialpolitische Fragestellungen (beispielsweise Arbeitslosigkeit, Working Poor, Globalisierung, Liberalisierung/ Deregulierung, Finanzkrise, Staatsverschuldung) korrekt zu vernetzen und vertreten ihre eigene Meinung.

2.2 Einordnung ins St. Galler Management-Modell



Dieser Kurs beschäftigt sich primär mit den Vorgängen in der Umweltsphäre «Gesellschaft» und «Wirtschaft» mit der Anspruchsgruppe «Staat».

Damit ist auch bereits aufgezeigt, dass sich dieser Kurs mit unternehmensexternen Vorgängen, Mechanismen und Zusammenhängen beschäftigt, welche auf jede Unternehmung Einfluss nehmen. Ziel ist es, diese Vorgänge, Mechanismen und Zusammenhänge im Bereich der Bildungspolitik zu verstehen, um daraus die sich gebenden Chancen und Gefahren für das eigene Unternehmen und Tätigkeitsgebiet ableiten zu können.

2.3 Grundbegriffe

Nachfolgend einige zentrale volkswirtschaftliche Begriffe:

Bruttoinlandprodukt BIP

Das **Bruttoinlandprodukt** (abgekürzt: BIP) ist die Summe all dessen, was in einem Land in einem Jahr erarbeitet und hergestellt wird. Es wird in der jeweiligen Landeswährung angegeben.

In vielen Fabriken und Werkstätten entstehen Sachgüter: Autos, Möbel, Fernseher usw. Die Sachgüter kosten etwas; sie haben also einen Wert, den man in Franken ausdrücken kann. Ausserdem erbringen viele Menschen Dienstleistungen: Krankenschwestern, Ärzte, Kellner, Rechtsanwälte, Lehrer, Verkäufer. Auch ihre Leistung lässt sich in Geld bewerten. Wenn man den Wert der Sachleistungen und den Wert der Dienstleistungen eines Jahres addiert, erhält man das **Bruttoinlandprodukt**.

Aus dem **Bruttoinlandprodukt** kann man ableiten, ob ein Land sich wirtschaftlich gut entwickelt. Dann wächst das BIP. Geht die wirtschaftliche Entwicklung hingegen bergab, wird weniger hergestellt und weniger gekauft, und das BIP sinkt.

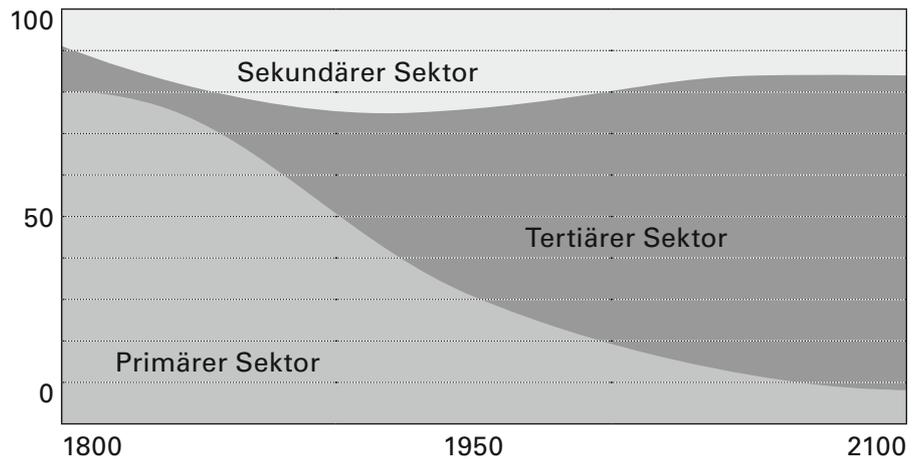
Berechnet wird das BIP vom Bundesamt für Statistik.

So will man den Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Bereichen behalten.

Quelle: in Anlehnung an www.sowieso.de

Strukturwandel

Beim Strukturwandel geht es um die Veränderung der Bedeutung von Branchen und Wirtschaftssektoren. Am einfachsten lässt sich dies anhand der Beschäftigung je Branche bzw. Sektor messen.



Quelle: wikipedia.de

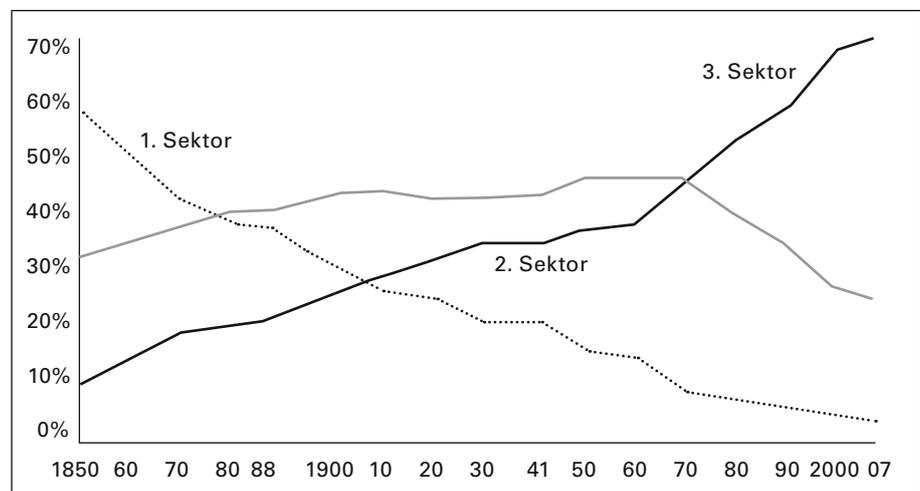
Die drei Sektoren sind:

Primärer Sektor = Urproduktion
(Landwirtschaft, Gewinnung von Rohstoffen)

Sekundärer Sektor = Industrie und verarbeitendes Gewerbe
(dort werden Produkte hergestellt)

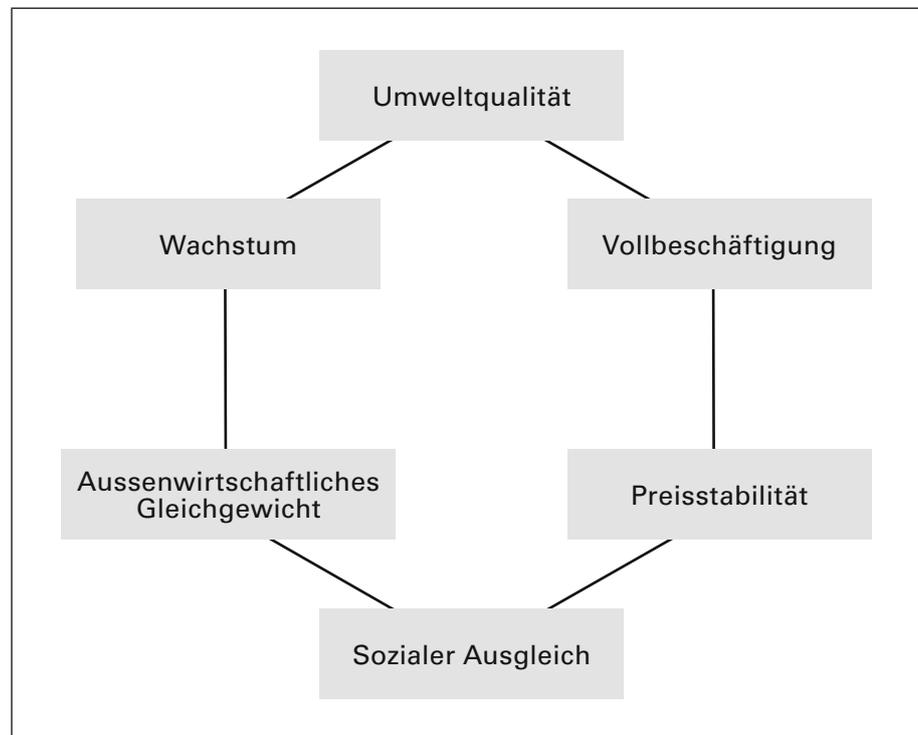
Tertiärer Sektor = Dienstleistungen
(wie Bildung, Detailhandel, Gesundheitswesen, Informatik ...)

Für die Schweiz sieht dies so aus:



Quelle: BfS

Magisches Sechseck



Unter dem Magischen Sechseck werden die grossen wirtschaftlichen Ziele des Staates zusammengefasst.

2.4 Markt und Marktwirtschaft

Der Marktmechanismus



Ohne Preis kein Fleiss

Wie setzt man Preise fest?

Angebot und Nachfrage spielen dabei eine grosse Rolle, aber auch die Wettbewerbssituation.

Kathryn Graddy

Die Pepsi-Cola Company ging 1931 zum zweitenmal innert 12 Jahren bankrott. Ihr Präsident, Charles G. Guth, wollte das Unternehmen sogar an Coca-Cola verkaufen, fand aber kein Gehör.

Um die Kosten zu senken, bestellte Guth eine grosse Menge gebrauchter 12-Unzen-Bierflaschen. Zu dieser Zeit wurden Coca-Cola und Pepsi-Cola in 6-Unzen-Flaschen abgefüllt. Also verkaufte Pepsi die grossen Flaschen zu 10 Cents, doppelt so teuer wie die kleinen, hatte aber keinen Erfolg damit. Dann hatte Guth die geniale Idee, die 12-Unzen-Pepsi zum gleichen Preis abzugeben, wie ihn Coca-Cola für die halb so grosse Flasche verlangte. Die Umsätze stiegen rapid, und 1934 war Pepsi nicht nur der Gefahr des Bankrotts entgangen, sondern machte bald wieder ganz hübsche Gewinne.

Der Preisentscheid von 1931 war ausschlaggebend für das Überleben von Pepsi-Cola. Um zu begreifen, wie Preise festgelegt werden, muss man das Gesetz von Angebot und Nachfrage kennen – steigt der Preis, sinkt die Nachfrage – und in welchem Mass die Mengen sinken, wenn die Preise erhöht werden – die Preiselastizität der Nachfrage.

Wir sehen uns zuerst die Preissituation in einem funktionierenden Wettbewerb an, dann unter monopolistischen Verhältnissen, und wenden uns anschliessend der Situation von Pepsi und Coca-Cola zu.

Was darf ein Dorsch kosten?

Alfred Marshall, ein bekannter Wirtschaftswissenschaftler aus dem 19. Jahrhundert, brauchte jeweils das Beispiel eines Fischmarkts, um einen funktionierenden Wettbewerb zu beschreiben. Wie setzt ein Fischhändler den Preis für Dorsche fest?

Zuerst macht er sich kundig, wie teuer die anderen Händler auf dem Markt den Dorsch verkaufen. Sicher kann er ihn nicht teurer anbieten. Weil der Dorsch überall derselbe ist, kümmert sich kein Kunde darum, bei wem er ihn kauft. Zudem kann er die Preise auf einem Fischmarkt sehr leicht vergleichen. Wenn unser Händler den Preis also höher ansetzen würde als die anderen, müsste er auf seinen Fischen sitzenbleiben.

Nehmen wir an, er entschiede sich für einen Preis, der unter jenem der Konkurrenten läge. Dann würden alle Kunden ihren Dorsch bei ihm kaufen. Wenn er damit immer noch einen Ertrag erwirtschaften würde, müssten die anderen Händler ihre Preise augenblicklich anpassen, um ihre Kunden zu behalten. Sie könnten ihn sogar unterbieten, wenn sie damit immer noch einen Profit machten, um dadurch zusätzliche Kunden zu gewinnen.

Das und der einfache Marktzugang anderer Händler sorgen dafür, dass die Preise den Grenzkosten entsprechen, den Kosten also, um einen neuen Fisch zu besorgen.

Ein Monopol hat ein Unternehmen dann, wenn es die Versorgung der Kunden mit Produkten oder Dienstleistungen allein kontrolliert. Es kann sich deshalb nicht an den Preisen der Konkurrenz orientieren. Woran dann? Ein Monopolist rechnet aus, wie hoch die Einnahmen aus dem Verkauf einer zusätzlichen Einheit seines Produkts sind und was ihn deren Verkauf kostet. Sind die Kosten höher, denkt er nicht daran, eine zusätzliche Einheit zu verkaufen. Er könnte jedoch die Preise erhöhen und nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage weniger verkaufen.

Sind die Einnahmen höher als die Kosten, wird der Monopolist zusätzliche Einheiten verkaufen wollen. Wiederum nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage würde er desto mehr absetzen, je tiefer der Preis läge.

Den optimalen Preis hat er gefunden, wenn er genau jene Anzahl Produkte verkauft, bei der die Einnahmen aus dem Verkauf einer zusätzlichen Einheit den Kosten dafür entsprechen würden. Hier tritt allerdings eine Komplikation auf: Die Kosten für den Verkauf einer zusätzlichen Einheit schliessen keinen Rappen vom Salär des Direktionspräsidenten oder der Miete für die Fabrikliegenschaft ein. Die fallen an, ob nun eine zusätzliche Einheit verkauft wird oder nicht. Wenn es einem Monopolisten also nicht gelingt, einen optimalen Preis zu finden, kann er den Betrieb über kurz oder lang schliessen.

Das Lehrstück Pepsi und Coke

Die Situation von Pepsi und Coca-Cola im Jahr 1931 entspricht natürlich keinem dieser beiden Szenarien. Aber was können wir daraus lernen?

Zuerst sah Pepsi, dass Coca-Cola die Unzen-Flasche für 5 Cents verkaufte. Als die Pepsi-Cola Company die doppelt so grosse Flasche ebenfalls für 5 Cents anbot, rechnete sie nicht damit, dass Coca-Cola nachziehen würde, und bekam Recht. Coca-Cola sah keinen Grund, den Preis zu senken, weil sich sein Produkt von jenem der Konkurrenz unterschied und weil der Hersteller nicht glaubte, dass er wegen des Preises viele Kunden verlieren würde.

Ob die Ertragssteigerung aufgrund des höheren Absatzes den Ertragsrückgang wegen des tiefen Preises wettmacht, hängt von der Preiselastizität der Nachfrage ab – im Fall von Pepsi davon, wie der Konkurrent und die Konsumenten auf die Preissenkung reagieren würden.

Wie wir gesehen haben, ging Pepsi davon aus, dass Coca-Cola die Preise wahrscheinlich nicht senken würde. In der grossen Depression zählte Pepsi darauf, dass der Zuwachs der Menge dank den tiefen Preisen prozentual höher liegen würde als die Preisermässigung, so dass die Erträge steigen müssten.

Welche anderen Faktoren mochten bei der Preisfindung mitgespielt haben?

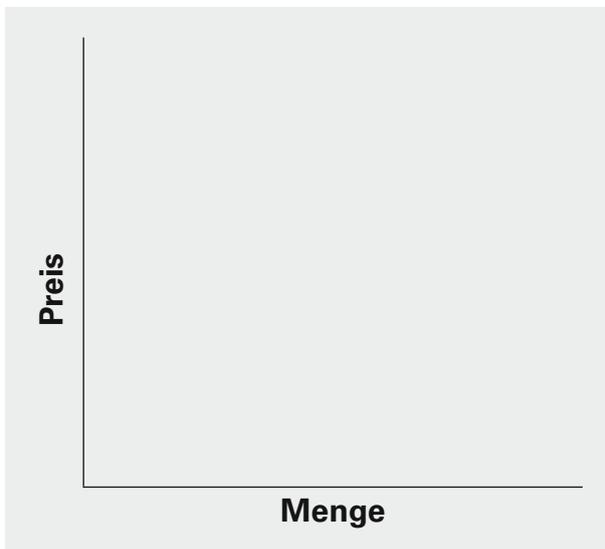
Vielleicht zog Pepsi sogar noch tiefere Preise in Betracht, um die Nachfrage zu stärken – zumindest wenn bei einem Preis von 5 Cents pro Flasche der Ertragszuwachs höher gewesen wäre als die Kosten, um eine zusätzliche Flasche Pepsi zu produzieren.

Ein noch tieferer Preis hätte jedoch wahrscheinlich Coca-Cola zu einer Reaktion herausgefordert. So war die Idee, eine 12-Unzen-Flasche für 5 Cents zu verkaufen, brillant, weil die Konsumenten sofort erkannten, dass sie mehr Cola für weniger Geld bekamen.

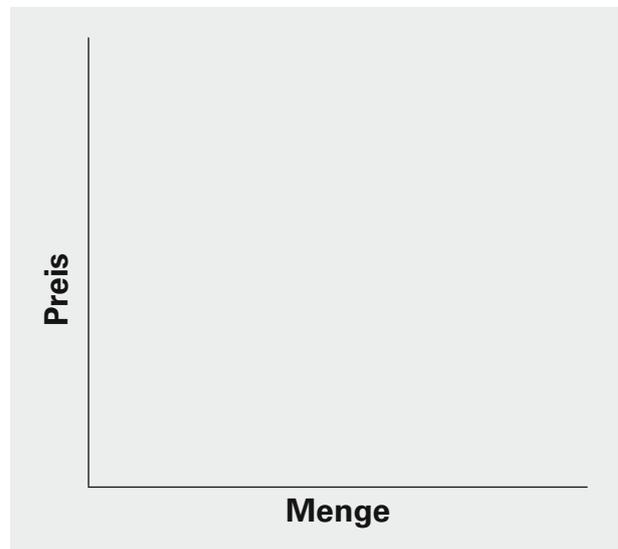
Fragen:

- Wie funktioniert die Preisbildung?
- Wie ist es möglich, dass Pepsi die Preise halbierte und gleichzeitig mehr Einnahmen hatte als zuvor?
- Kann es bei einem funktionierenden Markt Überschüsse geben (z.B. eine Milchschwemme)?
- Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit es einen funktionierenden Markt geben kann?

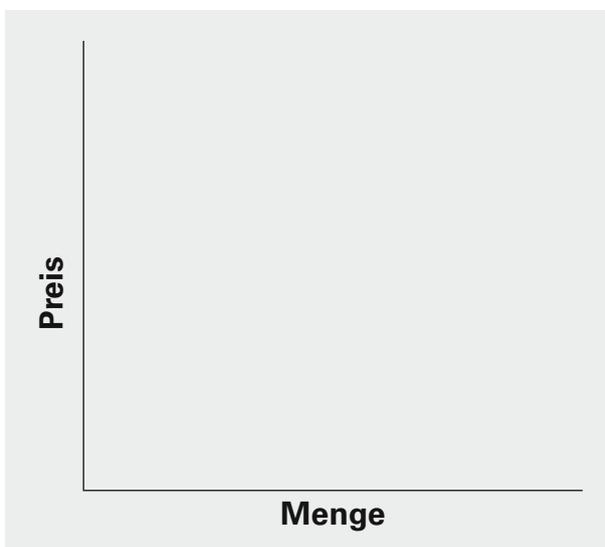
Nachfrage



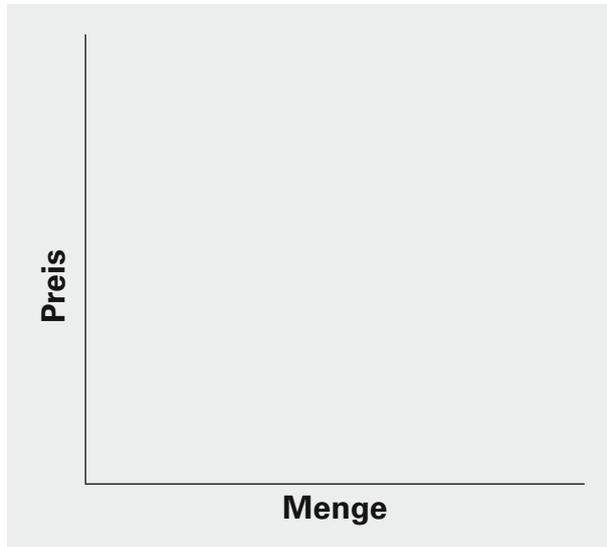
Angebot



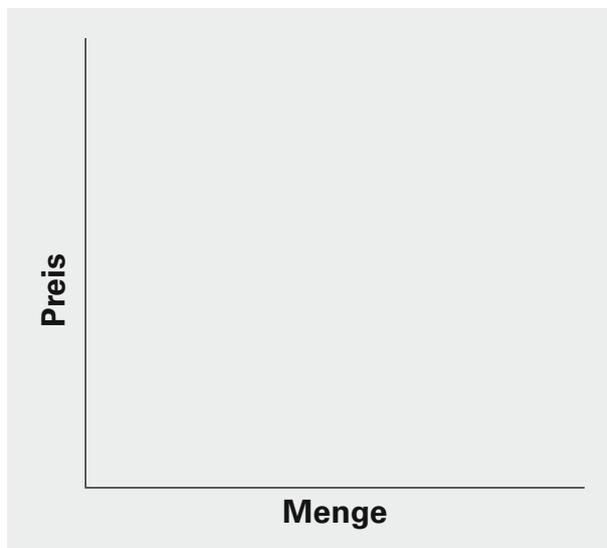
Markt = Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage



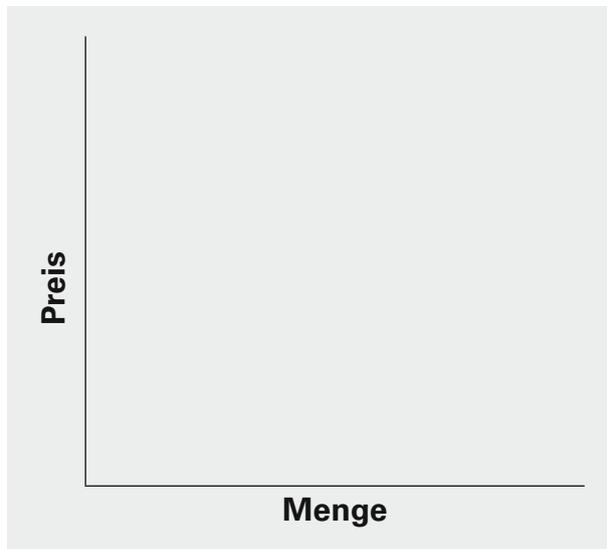
Preismechanismus: Was passiert, wenn der Preis kurzfristig über dem Marktpreis liegt?



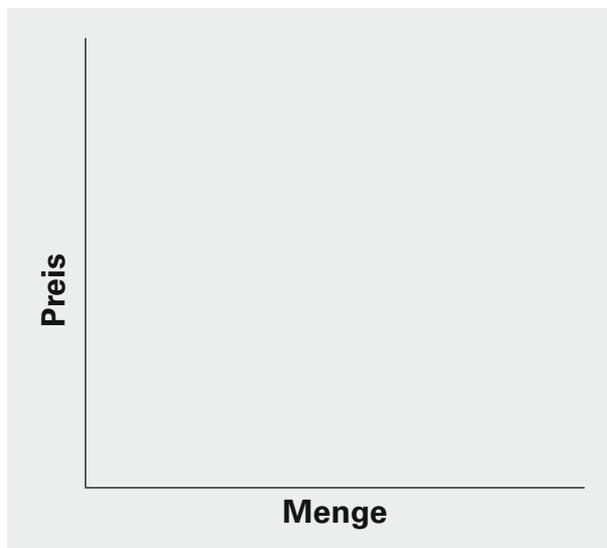
Steile Nachfragekurve: Preiselastizität der Nachfrage ist gering.



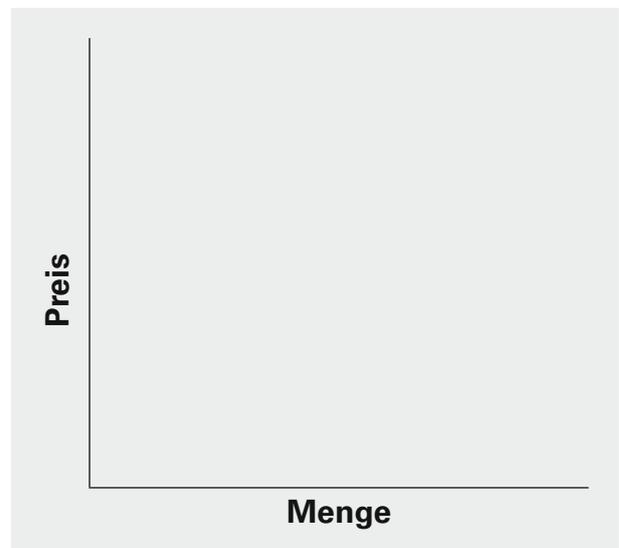
Flache Nachfragekurve: Preiselastizität der Nachfrage ist hoch.



Markteingriff 1: Mindestpreis

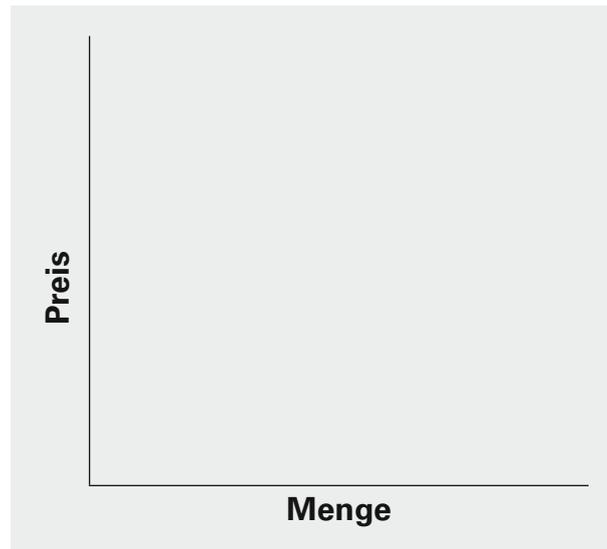


Markteingriff 2: Höchstpreis



**Nachfrageverschiebung:
(Verschiebung einer Kurve versus Wanderung auf der Kurve)**

In Folge eines sehr heißen Sommers hat die Nachfrage nach Süßgetränken stark zugenommen.



Die Vorteile eines funktionierenden Markts:

- Die Bedürfnisse der Kunden werden berücksichtigt.
- Die Unternehmen produzieren das, was die Kunden wünschen, und so viel, wie die Kunden wünschen (und kaufen).
Es gibt keine Überschüsse, aber auch keine Unterversorgung.
- Es bestehen grosse Anreize für Innovationen.
- Der Markt reagiert sehr schnell auf Veränderungen (z.B. der Bedürfnisse).
- Ineffiziente Unternehmen scheiden aus dem Markt aus.
- Knappe Ressourcen werden nicht verschwendet, sondern möglichst effizient in diejenigen Produkte verwandelt, welche die Kunden wünschen.

Basler-Zeitung

Der BaZ-Gast: Prof. Heidi Schelbert

Tragen wir Sorge zur Marktwirtschaft!

Die Steuerung des Wirtschaftsgeschehens durch Angebot und Nachfrage ist jeder anderen Wirtschaftsordnung haushoch überlegen. Doch gerade weil dieser Marktmechanismus so grosse Vorzüge besitzt, dürfen wir die Augen nicht vor seinen Mängeln verschliessen. Ein blinder Liberalismus, der Marktversagen nicht sehen will, weckt berechtigten Widerstand und wird so zum Totengräber der Marktwirtschaft. Es ist kein Zufall, dass der Ausdruck «Neoliberalismus» heute in breiten Kreisen als Schimpfwort verwendet wird.

Angebot und Nachfrage steuern das Wirtschaftsgeschehen effizient, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Effizienz bedeutet, dass keine knappen Ressourcen verschwendet werden. Doch Effizienz garantiert nicht, dass die Gesellschaft das Marktergebnis als gerecht empfindet. Die öffentliche Hand hat somit zwei wichtige Aufgaben: Sie muss erstens ein als ungerecht eingestuftes Marktergebnis durch geeignete Umverteilungsmassnahmen korrigieren, und sie hat zweitens dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für die effiziente Marktsteuerung erfüllt sind.

Umverteilungsmassnahmen

Der Markt kümmert sich nicht um ethische Gesichtspunkte. Er hat kein Sensorium für «Gut» oder «Böse». Handel ist ein freiwilliger Tausch. Er findet nur statt, wenn sich beide Parteien einen Vorteil versprechen. Doch die Ausgangssituation – die Ökonomie spricht von der «Erstausrüstung» – ist oft stark verschieden, und die Handelsvorteile können sehr ungleich verteilt sein. Die Steuerung des Wirtschaftsgeschehens über Angebot und Nachfrage verhindert nicht, dass einige in bitterer Armut und andere in Saus und Braus leben. Für Gerechtigkeit sind die Menschen verantwortlich. Sie können diese Aufgabe nicht an anonyme Marktkräfte delegieren. Das Ausmass der Umverteilung muss politisch ausgehandelt werden. Die Ökonomie besitzt keinen Gerechtigkeitsmesser; sie hat aber die Aufgabe, die Effizienz der Umverteilungsmassnahmen zu überprüfen:

Geht die Unterstützung tatsächlich an die Benachteiligten, oder verschaffen sich einflussreiche Interessengruppen einen von der Allgemeinheit nicht gewünschten Vorteil? Welches sind die Nebenwirkungen der Umverteilungsmassnahmen? Allokation und Verteilung lassen sich nicht vollständig trennen. Umverteilung setzt negative Anreize und behindert die Effizienz des Wirtschaftsablaufs: Wir verteilen ein kleineres Sozialprodukt gerechter. Die Ökonomie kann zeigen, wie die Umverteilungsinstrumente auszugestaltet sind, damit die negativen Anreize minimiert werden.

Die alte Agrarordnung war ein klassisches Beispiel für ineffiziente Markteingriffe. Unter der Etiketle «Erhaltung der Familienbetriebe» und «Unterstützung der Berglandwirtschaft» wurde eine undurchsichtige Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt. Profiteure waren vor allem die Agrarchemie, der Agrarmaschinenbau, die Verwertungs- und Verteilorganisationen sowie die grösseren Bauernbetriebe. Für jene, die gemäss Etiketle unterstützt werden sollten, blieben nur Brosamen. Ausserdem belohnten die Agrarsubventionen die Übernutzung der Umwelt und die nicht artgerechte Nutztierhaltung. Mit der neuen Agrarordnung wurde endlich die Korrektur der jahrzehntelangen Fehlentwicklung eingeleitet.

Wettbewerbspolitik und Verursacherprinzip

Die zentrale Voraussetzung für eine effiziente Steuerung durch die Marktkräfte lautet Kostenwahrheit. Unvollständige Konkurrenz und externe Effekte zerstören die Kostenwahrheit. Eine griffige Wettbewerbspolitik und die Durchsetzung des Verursacherprinzips sind deshalb keine Regulierungen, welche die Wirtschaft in ihrer Entfaltung behindern. Sie sind vielmehr die unabdingbare Voraussetzung für das optimale Funktionieren der liberalen Wirtschaftsordnung. Nicht nur in der Schweiz war der Inlandsektor während Jahrzehnten durch zahlreiche tarifarische und nicht tarifarische Handelshemmnisse geschützt. Dieses Treibhausklima liess Kartelle und kartellähnliche Absprachen ins Kraut schiessen. Die Globalisierung bringt endlich mehr Konkurrenz und bricht verkrustete Strukturen auf. Doch weil die Wirtschaft zu lange auf dem bequemen Ruhekitzen des eingeschränkten Wettbewerbs geschlafen hat, ist der Strukturwandel schmerzhaft und trifft Menschen, die nicht für die Versäumnisse verantwortlich sind. Mehr Wettbewerb ist notwendig. Aber Globalisierung ohne Kostenwahrheit beim Verkehr bringt neue Wohlstandsverluste. Wenn die Mobilität ihre Kosten nicht deckt, entstehen wieder ineffiziente Strukturen: Das Ausmass der Arbeitsteilung überschiesst das volkswirtschaftliche Optimum. Kartoffeln, die zum Waschen und Rüsten durch halb Europa gekarrt werden, sind ein offensichtliches – aber längst nicht das wichtigste – Beispiel für die Ineffizienz. Eine starke Marktwirtschaft braucht einen starken Staat. Die öffentliche Hand muss – auch gegen die Partikularinteressen von kurzsichtigen Wirtschaftsorga-

nisationen – Rahmenbedingungen schaffen, die für Kostenwahrheit sorgen. Ausserdem ist Umverteilung notwendig. Sozialer Frieden und Stabilität sind wichtige Wettbewerbsvorteile der Schweiz. Ungleichheit, die von der Gesellschaft als ungerecht empfunden wird, zerstört diese Vorteile. Neben dem Marktversagen existiert Staatsversagen, deshalb braucht der starke Staat als Gegengewicht eine starke Marktwirtschaft. Politik und Wirtschaft müssen sich gegenseitig kontrollieren; wir dürfen weder auf dem politischen noch auf dem wirtschaftlichen Auge blind sein.



Fragen:

- Worin bestehen die Nachteile/Gefahren der freien Marktwirtschaft?
- Was kann dagegen getan werden?

Soziale Marktwirtschaft

Die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft sind:

- Der Markt ist, dank seinen positiven Aspekten, das vorherrschende Prinzip.
- Der Staat greift jedoch dort regulierend ein, wo der Markt versagt und/oder wo gesamtgesellschaftliche Interessen im Vordergrund stehen; insbesondere bei:
 - sozialer Gerechtigkeit, Verteilungsfragen (z.B. Sozialversicherungen, Armutsbekämpfung, Fürsorgeleistungen, Chancengleichheit in der Ausbildung ...)
 - der Entstehung externer Effekte (z.B. Massnahmen gegen Umweltverschmutzung)
 - öffentlichen Gütern (Güter, von denen alle profitieren: Armee, Polizei, Justiz, Landschaftspflege, Kultur ...)
 - der Bekämpfung von Marktmissbrauch: Wettbewerbskommission, Preisüberwacher (Verbot von Kartellen und Monopolen, Fusionskontrolle)
 - internationalen Beziehungen

Ob der Staat diese Aufgaben selber erledigt, Gesetze (Verbote und Gebote) erlässt oder die Marktteilnehmenden mit Anreizen (z.B. Subventionen, Konzessionen) beeinflusst, wird von Fall zu Fall entschieden.

2.5 Das Geld- und Finanzsystem

Geld erleichtert den Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen. Ohne Geld müsste man die Güter gegen andere Güter austauschen, was sehr umständlich wäre. In einer modernen Volkswirtschaft gibt es eine Zentralbank (z.B. so die Schweizerische Nationalbank), deren Hauptaufgabe die Versorgung der Wirtschaft mit Geld ist. Daneben spielen die (Geschäfts-)Banken bei der Versorgung der Wirtschaft mit Geld eine grosse Rolle. Das Geld ist das wichtigste Steuerungsinstrument für die Wirtschaft. Mit der Geldmenge, welche die Zentralbank in die Wirtschaft eines Landes bringt, kann die wirtschaftliche Lage (Konjunktur) nachhaltig beeinflusst werden.

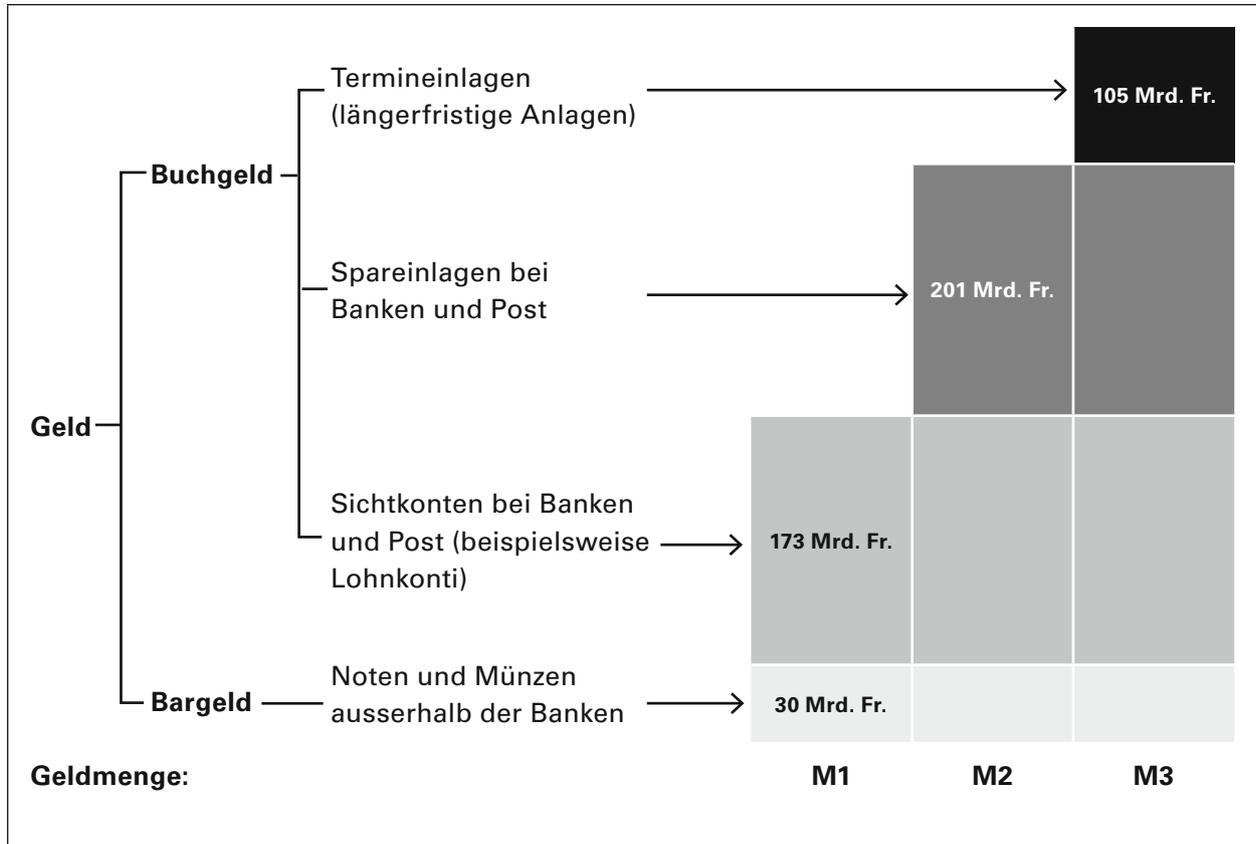
Funktion und Geldmengen

Das Geld hat verschiedene Funktionen:

Funktion	Beispiele
Zahlungsmittel Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen gegen Geld	Bargeld (Noten, Münzen), Schecks, Überweisungen, Kreditkarten, Cashcards
Wertaufbewahrung Aufbewahrung von Geld für eine spätere Zahlung oder Transaktion	Wertpapiere wie Obligationen und Aktien, Buchgeld auf dem Sparkonto
Recheneinheit und Wertmassstab Durch Geld können verschiedene Güter addiert werden. Dank Geld kann der Wert verschiedener Güter miteinander verglichen werden.	Preisanschriften, Kataloge, Rechnungen, Bilanzen usw.

Geld im volkswirtschaftlichen Sinn ist nicht nur Bargeld (Münzen und Banknoten), sondern auch Buchgeld oder Giralgeld. Dazu kommen die Einlagen auf Post- und Bankkonten, man nennt sie Sichtkonten oder Sichtguthaben, oder die Spar- und Termineinlagen bei Post oder Bank. Die Volkswirtschaft rechnet mit verschiedenen Geldmengen.

Geldmengen in der Schweiz (Febr. 2001)



Die Geldmenge M1 ist das Geld, das sofort und jederzeit als Zahlungsmittel verwendet werden kann, also der Bargeldumlauf ausserhalb von Banken und Post und die Sichteinlagen (Bankkonten, Gehaltskonten usw.; schnell «abhebbares» Geld). Die Geldmenge M1, um die Spareinlagen erweitert, ergibt die Geldmenge M2, diese wiederum, erweitert mit den Termineinlagen (Geld, das nur zu einem festen Termin abrufbar ist), ergibt die Geldmenge M3.

Eine wichtige Grösse ist die Notenbankgeldmenge. Sie besteht aus dem Bargeld und den Sichtguthaben der Geschäftsbanken bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Letzteres ist Geld, das die Banken auf einem Konto der SNB deponieren müssen. Dieses Geld zählt zum Wirtschaftskreislauf. 2001 betrug die Notenbankgeldmenge rund 35 Milliarden Franken.

Geldschöpfung

Steuerung der Geldmenge durch die Nationalbank

Eine Zentralbank, wie beispielsweise die Schweizerische Nationalbank (SNB), kann die Geldmenge

- vergrössern, indem sie Geld in den Wirtschaftskreislauf bringt, also Franken ausgibt.
- verringern, indem sie Geld aus dem Kreislauf herausnimmt, also Franken zurücknimmt.

Schweizer Franken, welche in den Tresoren der Nationalbank liegen, sind nicht im Wirtschaftskreislauf und zählen somit nicht zum Geldkreislauf.

	Vergrößerung der Geldmenge 	Verkleinerung der Geldmenge 
Ausländische Währungen Wechselkurspolitik Devisenmarktoperation	Die SNB kauft mit ihren selbstgedruckten Franken fremdes Geld. Die ausgegebenen Franken gelangen in den Wirtschaftskreislauf.	Die SNB verkauft ausländische Währungen gegen Franken. Das Schweizer Geld fließt zurück in die Notenbanktresore. Sie sind damit dem Wirtschaftskreislauf entzogen.
Wertpapiere Offenmarktpolitik	Die SNB kauft in- oder ausländische Wertschriften und zahlt mit Franken.	Die SNB verkauft in- oder ausländische Wertschriften, die erhaltenen Franken legt sie in ihre Tresore.
Kredite an Banken Zins- oder Diskontpolitik	Die SNB leiht Geld an die Banken aus, und zwar gegen einen von ihr festgelegten Zins. Je tiefer der Zinssatz (Diskontsatz), desto mehr Geld beziehen die Geschäftsbanken, um es an Kunden weiterzuleihen.	Je höher der Zins der Notenbank, desto weniger Geld kommt über die Banken in Umlauf. Das Geld im Wirtschaftskreislauf verringert sich allmählich.
Kredite an den Staat Kreditpolitik	Wenn die SNB dem Staat Geld leiht, gelangt neues Geld in Umlauf.	Zahlt der Staat das von der SNB geliehene Geld zurück, wird Geld aus dem Verkehr gezogen.
Mindestreserve* Mindestreservepolitik	Die SNB verlangt von den Banken nur noch eine kleine Mindestreserve. Die Banken können viele Kredite gewähren.	Die SNB verpflichtet die Banken, bei ihr eine hohe Mindestreserve zu hinterlegen. Die Banken können weniger Kredite gewähren.

* Die Mindestreserve: Die Nationalbank kann Vorschriften machen, wie hoch der Betrag sein soll, den die Banken bei der Nationalbank zu deponieren haben, das heisst, wie hoch mindestens die Reserve sein soll. Je höher diese Mindestreserve sein muss, desto weniger Geld ist im Umlauf.

Geldschöpfung der Banken

Einen sehr grossen Einfluss auf die Geldmenge haben die Geschäftsbanken, indem sie die bei ihnen angelegten Gelder als Kredite wieder ausleihen. Dadurch wird Buchgeld «geschaffen».

Beispiel:	Vermögen der Bankkunden	Geld im Umlauf
Herr X zahlt 10000 Franken auf sein Bankkonto bei der Bank Rot ein. Sein Vermögen:	10000 Franken	Fr. 10000.–
Frau Y bezieht bei der Bank Rot einen Kredit. Die Bank kann vom Geld von Herrn X maximal 9000 Franken ausleihen, das heisst, die Bank behält 10% als Mindestreserve zurück (Herr X möchte ja eventuell etwas von seinem Geld beziehen). Frau Y überweist das Geld auf ihr Konto bei der Bank Blau. Ihr Vermögen:	9000 Franken	Fr. 19000.–
Herr Z bezieht bei der Bank Blau einen Kredit. Die Bank kann vom Geld von Frau Y maximal 8100 Franken ausleihen, das heisst, auch die Bank Blau behält 10 % als Mindestreserve zurück (Frau Y möchte ja eventuell etwas von Ihrem Geld beziehen). Herr Z überweist das Geld auf sein Konto bei der Bank Grün. Sein Vermögen:	8100 Franken	Fr. 27100.–
usw.		

Von den ursprünglichen 10000 Franken sind nun 27100 Franken im Umlauf, das heisst im Wirtschaftskreislauf.

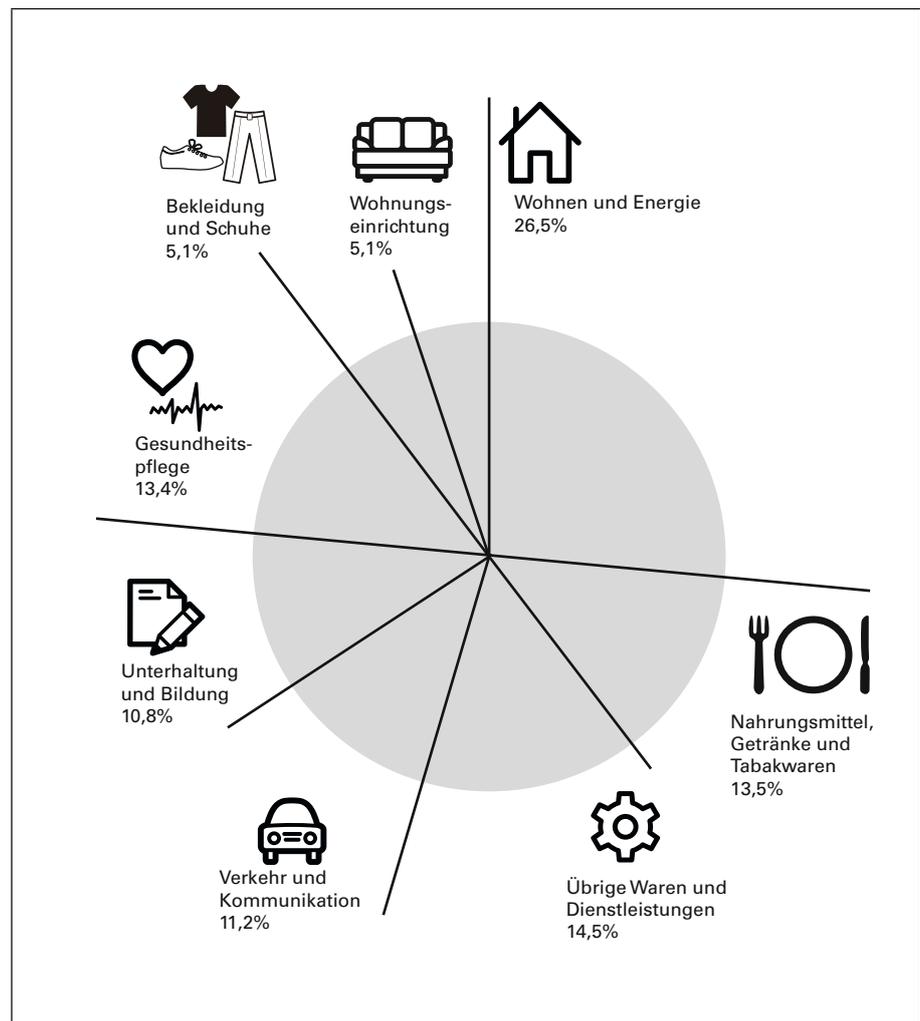
Der Geldwert – die Kaufkraft des Geldes im Inland (Binnenwert)

Auf dem Markt können die Preise fallen (Verbilligung der Güter) oder steigen (Verteuerung der Güter). So nimmt mit steigenden Preisen die Kaufkraft des Geldes ab, was bedeutet, dass mit der gleichen Menge Geld weniger Güter gekauft werden können. Um sich ein genaues Bild über die Geldentwertung (Teuerung/Inflation/Kaufkraftschwund des Geldes) machen zu können, verfolgt das Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit (BWA) regelmässig die Preisänderungen. Die Ergebnisse werden laufend in drei Indizes (Kennziffern) veröffentlicht.

Landesindex der Konsumentenpreise	Grosshandelspreisindex	Lohnindex
Er zeigt die Preisentwicklung der Güter an, die hauptsächlich in den Haushalten gebraucht werden.	Er zeigt die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe sowie Halb- und Fertigfabrikate an.	Er zeichnet die durchschnittlichen Stundenverdienste der Arbeitenden und die durchschnittlichen Monatslöhne der Angestellten auf.

Landesindex der Konsumentenpreise

Mit dem Landesindex der Konsumentenpreise wird die Preisentwicklung (Teuerung) gemessen. Der Index gibt den Gesamtpreis an, den eine bestimmte gleichbleibende Warenmenge (so genannter Warenkorb) zu einem bestimmten Zeitpunkt kostet. Er umfasst acht Bedarfsgruppen und berücksichtigt rund 70 Prozent der Verbrauchsausgaben (Auslagen für Steuern und Versicherungen werden nicht berücksichtigt). Seit Mai 2000 gilt ein neuer Index (Basis Mai 2000 = 100).



Die Teuerungsrate

Wird nun der Konsumentenpreisindex des Jahres 1999 mit jenem des Jahres 1998 verglichen, erhalten wir die Teuerungsrate (Inflationsrate) des Jahres 1999.

Berechnung:



Indexstand		Teuerungsrate
1999: 98,8	$\frac{98,8 \times 100}{98,0} - 100 = 0,82\%$	= 0,82%
1998: 98,0		

Die Preise im Jahre 1999 (im Vergleich zum Jahr 1998) sind also um 0,82 Prozent gestiegen. Die Güter, die 1998 zum Beispiel noch 100 Franken kosteten, kosten 1999 nun 100.82 Franken.

Der Konsumentenpreisindex ist zwar kein exakter Massstab für die Entwicklung der allgemeinen Lebenskosten, aber von grosser Bedeutung. Er ist Grundlage für

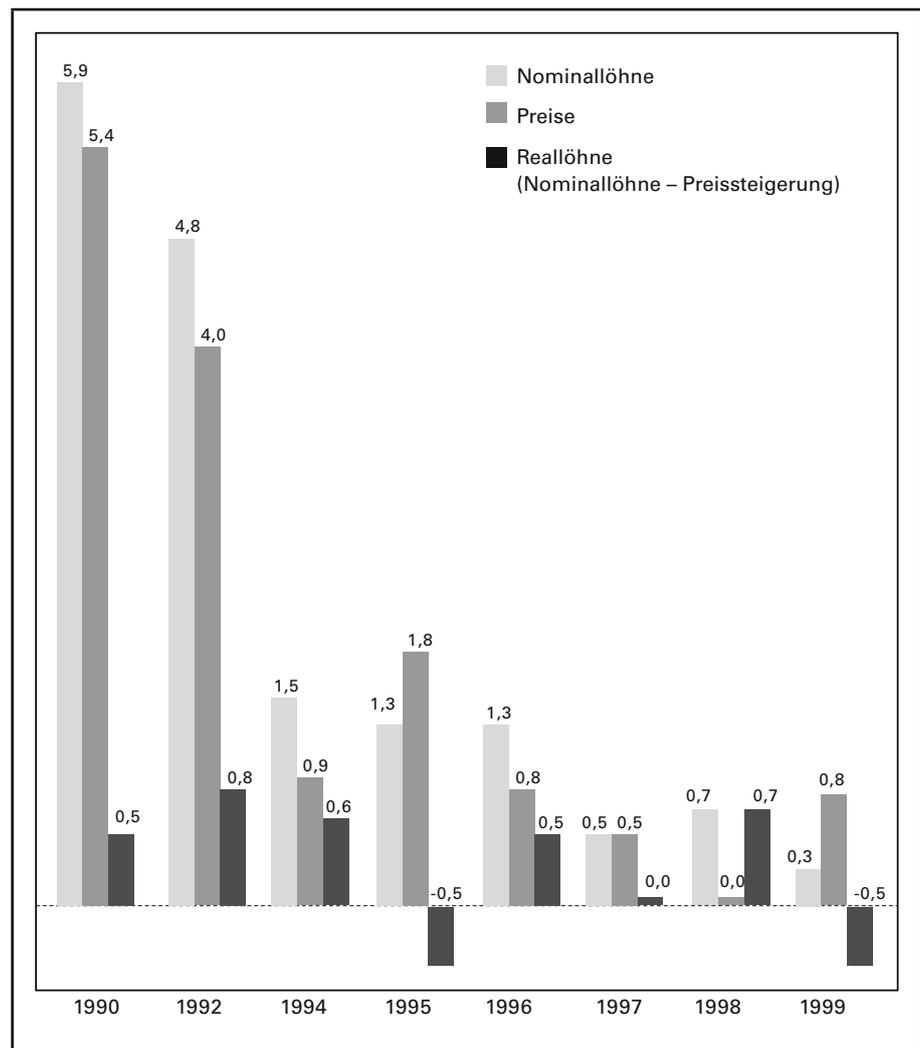
- wirtschaftspolitische Massnahmen
- Lohnverhandlungen (Teuerungsausgleich) zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Anpassung der Renten (AHV)
- Mietzins- und Hypothekarzins erhöhungen
- und anderes

Nominallohn – Reallohn

Vor allem für die Arbeitnehmerlöhne ist der Konsumentenpreisindex von grosser Bedeutung. Der Lohn, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf ihr Konto ausbezahlt wird, ist der so genannte Nominallohn. Angenommen, in einem bestimmten Zeitraum sind die Preise durchschnittlich um 1 Prozent gestiegen, dann können die Lohnempfänger mit dem gleichen Lohn nicht mehr gleich viele Güter kaufen. Um die gleiche Menge Güter kaufen zu können, müssten die Löhne auch um 1 Prozent steigen. Real (in Wirklichkeit) gesehen sind die Löhne zurückgegangen. Man unterscheidet deshalb zwischen Nominallohn und Reallohn.



$$\text{Nominallohn} - \text{Teuerungsrate} = \text{Reallohn}$$



Störungen im Wirtschaftskreislauf

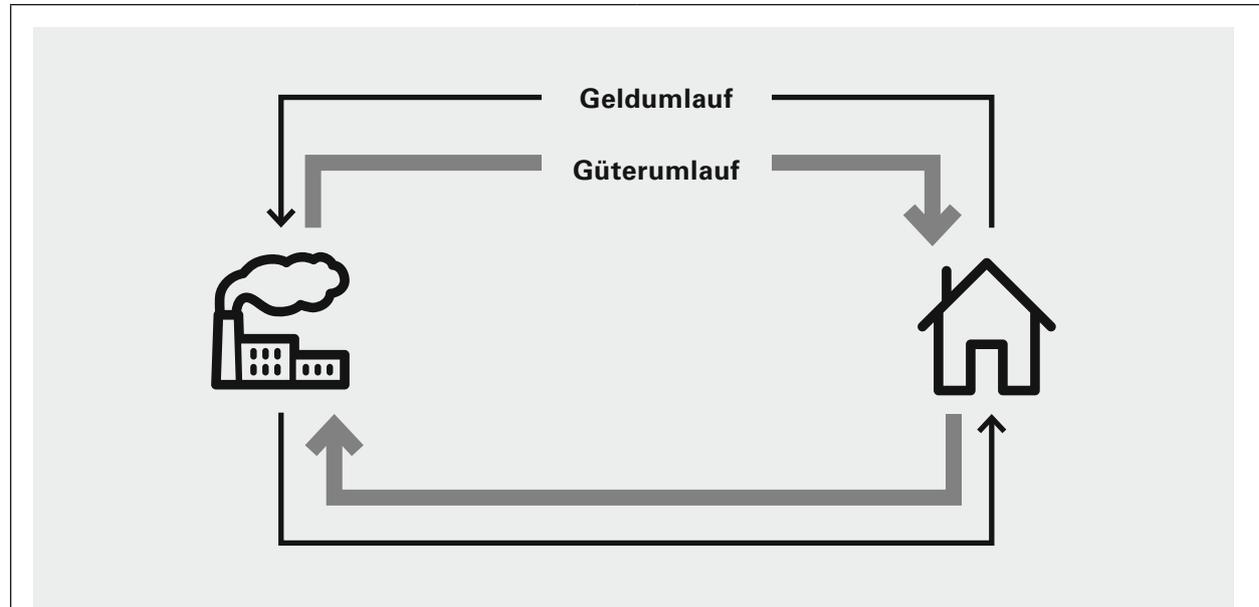
Vom Wirtschaftskreislauf her ist bekannt, dass der Güterstrom und der Geldstrom in einer Volkswirtschaft gleich gross sein müssen. Solange dieses Gleichgewicht anhält, behält das Geld seine Kaufkraft und die Preise bleiben stabil.

Inflation (Geldüberhang)

Vergrossert sich der Geldstrom (mehr Geld kommt in Umlauf), ohne dass sich der Güterstrom verändert, so steigen die Preise. Für den Kauf der gleichbleibenden Gütermenge steht nun mehr Geld zur Verfügung. Man ist bereit, mehr zu bezahlen, um die Güter zu erhalten. Diesen Zustand bezeichnet man als Inflation.

Inflation ist also das Missverhältnis zwischen Geld- und Gütermenge. In einer inflationären Wirtschaft sind demnach «zu viel» Geld und «zu wenige» Güter vorhanden.

Ursachen der Inflation



Von der Geldseite her:

- Die SNB setzt übermässig viel Geld in Umlauf («setzt die Notenpresse in Gang»). Das ist dann der Fall, wenn Bund, Kantone und Gemeinden wegen dauernder Haushaltsdefizite um mehr Kredite (Geld) bei der Nationalbank nachsuchen.
- Die Banken gewähren zu viel Kredite.
- Die Nachfrage ist so hoch, dass die Produktion nicht mithalten kann. Dann müssen die Preise steigen, um die Nachfrage zu zügeln. Diese Situation ist typisch für die Hochkonjunktur.
- Übermässiger Zufluss von Auslandsgeldern in die Schweiz. Das ist dann der Fall, wenn die Schweiz mehr exportiert als importiert (Exportüberschuss) oder wenn viel Kapital (Geld) in die Schweiz fliesst (Kapitalbewegungen).
- Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Je rascher das Geld in einer Volkswirtschaft umläuft, desto mehr verbreitet sich der Geldstrom.
- Preissteigerungen im Ausland (importierte Inflation).

Von der Güterseite her:

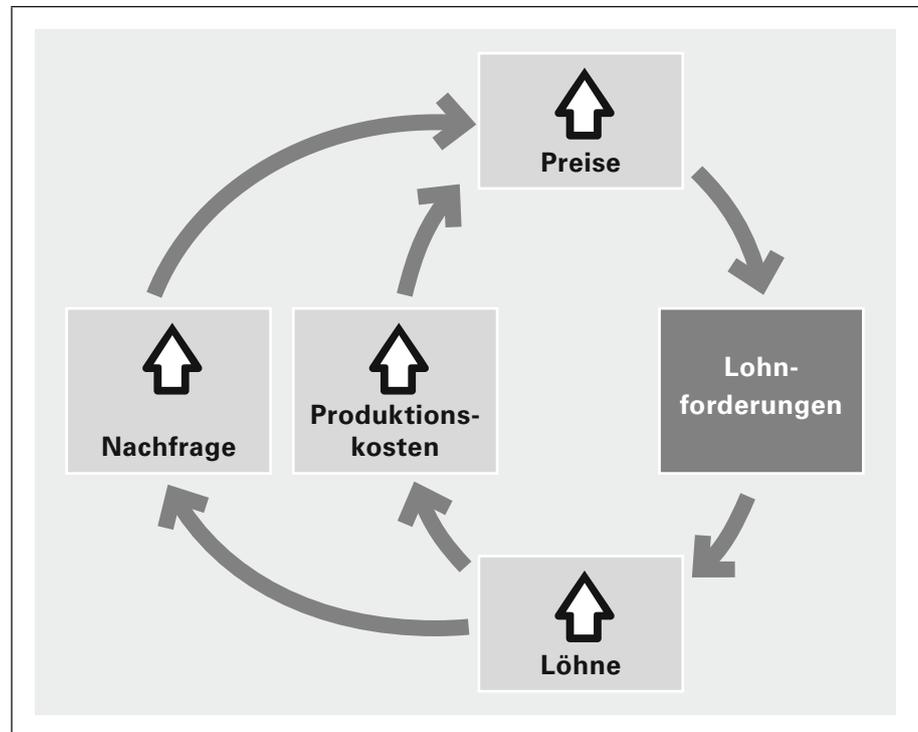
Ein Ungleichgewicht kann auch entstehen, wenn sich der Güterstrom verkleinert, also die Produktion zurückgeht, durch

- Arbeitszeitverkürzung ohne Erhöhung der Produktivität, das heisst, wenn weniger lang gearbeitet und zugleich weniger produziert wird.
- Ausgedehnte Streiks. Sie vermindern die Güterproduktion und damit den Güterstrom. Deshalb sind lange Streiks volkswirtschaftlich schädigend.
- Rasche Veränderungen eines bestimmten Preises oder die plötzliche Einführung einer besseren Technologie (Angebotschock) führt zu reduzierter Produktion und höheren Preisen (zum Beispiel Erdölkrisen in den siebziger Jahren).
- Überschwemmungen, Missernten und Kriege.

Folgen der Inflation

- Die Kaufkraft des Geldes nimmt ab. Die Preise sind am Steigen.
- Das Guthaben der Gläubiger wird durch die Geldentwertung entwertet.
- Die Sparer werden benachteiligt. Die Inflation vermindert die Kaufkraft des gesparten Kapitals. Wenn der Zins kleiner ist als die Teuerung, verliert der Sparer jährlich einen Teil der Einlage.
- Die Schuldner werden bevorteilt, ihre Schulden verlieren an Wert. Die Schuldner können mit Geld, das immer wertloser wird, zurückbezahlen.
- Kapitalflucht: Statt auf immer «wertloserem» Geld sitzenzubleiben, legt man dieses in Sachwerte an (Flucht in Grundstücke, Kunstgegenstände, Gold usw.).
- Lohnempfänger und Rentner werden benachteiligt, sofern ihr Lohn beziehungsweise ihre Rente nicht der Teuerung angepasst wird.
- Die grosse Nachfrage nach Gütern erlaubt eine Steigerung der Produktion und damit eine Erhöhung der Beschäftigung.
- Als Folge der steigenden Preise müssten überall die Preislisten angepasst werden. Da dies meist mit Kosten verbunden ist (z.B. für den Druck neuer Speisekarten), werden in einigen Branchen für einige Zeit die alten Preise beibehalten. Diese Preise sind aber wirtschaftlich die falschen, wodurch die Wirtschaft verzerrt wird.

Lohn-Preis-Spirale



In einem inflationären Umfeld kann es zu einer so genannten Lohn-Preis-Spirale kommen. Höhere Löhne verursachen höhere Produktionskosten und steigern die Nachfrage im Markt, da die Konsumentinnen und Konsumenten mehr Geld haben. Hohe Nachfrage führt zu höheren Preisen.

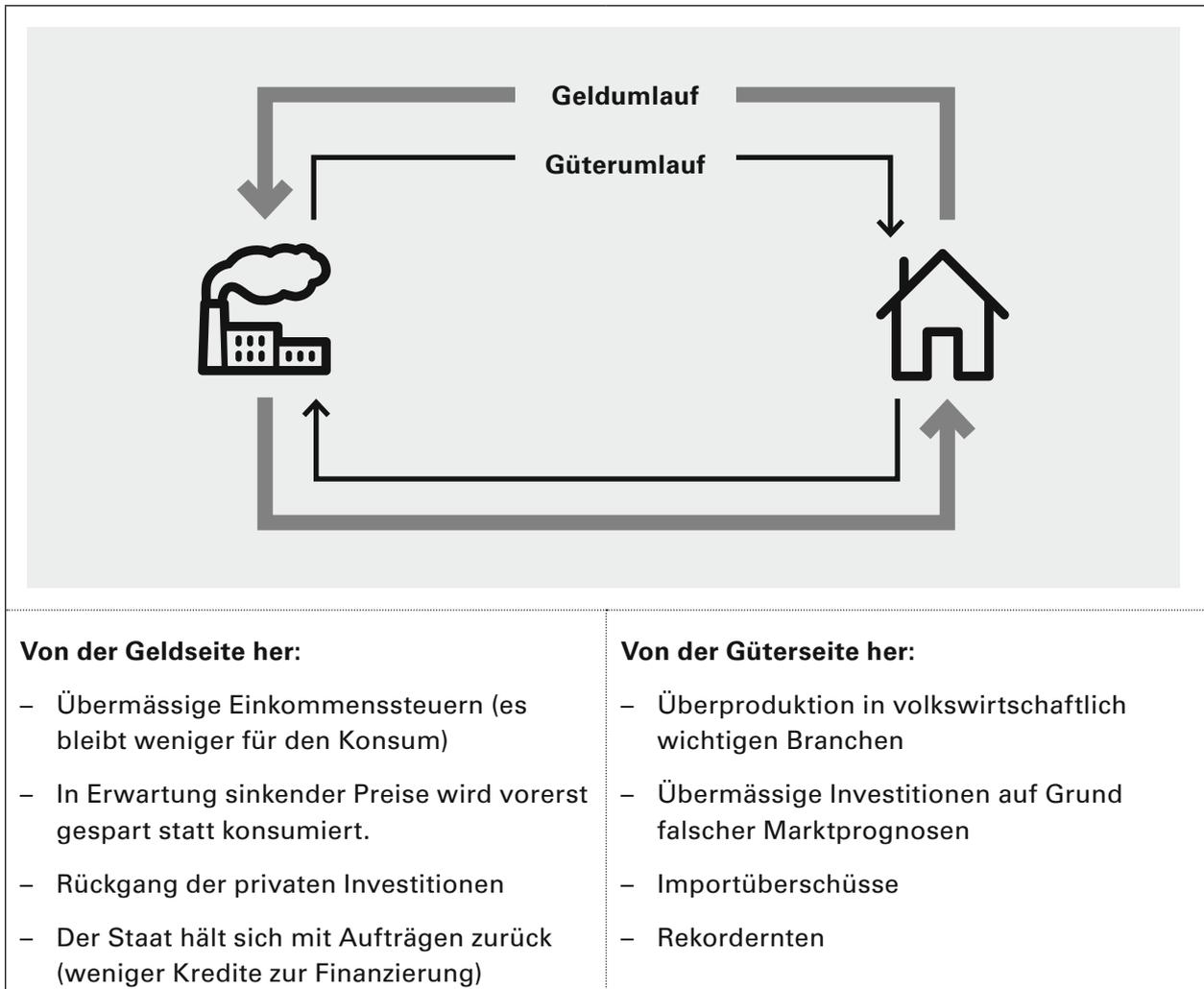
Die Unternehmen verlangen höhere Preise für ihre Produkte. Das führt zu erneuten Preissteigerungen. Um die Preissteigerungen (Teuerung) auszugleichen, fordern die Gewerkschaften höhere Löhne.

Heute herrscht die Meinung vor, dass Inflation letztlich nur über eine Anpassung der Geldmenge (nach unten) an die Produktion erfolgreich bekämpft werden kann.

Deflation

Wenn die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen sinkt, vergrößert sich der Güterstrom gegenüber dem Geldstrom (Angebotsüberschuss). Für den Kauf der stets grösseren Gütermenge steht immer gleich viel Geld zur Verfügung. Die Preise beginnen zu sinken. Diesen Zustand bezeichnet man als Deflation. Die Wirtschaft beginnt zu stagnieren oder gar zu schrumpfen. Deflation bezeichnet ebenfalls ein Missverhältnis zwischen Geld- und Gütermenge. In einer deflationären Wirtschaft sind demnach «zu viele» Güter und «zu wenig» Geld vorhanden.

Ursachen der Deflation



Folgen der Deflation

- Die Kaufkraft des Geldes nimmt zu. Die Preise sind am Sinken, die Löhne sind am Stagnieren oder am Schrumpfen.
- Aus Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft wird mehr gespart. Dadurch geht die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern noch mehr zurück.
- Die Produktion sinkt und die Arbeitslosigkeit breitet sich aus.

Sowohl die Inflation als auch die Deflation wirkt sich in ihrer Gesamtheit sehr negativ auf die Wirtschaft aus. Auf Grund der starken Umverteilungswirkungen können beide zu sozialen Spannungen führen. Für die Bekämpfung der Deflation beziehungsweise Inflation steht dem Staat eine Reihe von Massnahmen zur Verfügung.

Stagflation

Die Stagflation ist ein wirtschaftliches Phänomen, das der Wirtschaftswissenschaft erst seit Ende der siebziger Jahre bekannt ist. Eine Stagflation liegt dann vor, wenn das wirtschaftliche Wachstum zum Stillstand kommt, stagniert (die Arbeitslosigkeit zunimmt), aber gleichzeitig Inflation herrscht.

Der Ablauf einer Stagflation präsentiert sich wie folgt:

- Es herrscht Überproduktion, der Markt ist gesättigt. In einzelnen Branchen sinkt die Beschäftigung. Auf dem Arbeitsmarkt entsteht durch Strukturwandel und Rationalisierung ein Ungleichgewicht: Arbeitslosigkeit herrscht in den gesättigten Märkten, Vollbeschäftigung in einzelnen Branchen.
- Trotz allgemein zurückgehender Nachfrage (Rezession) geht die Lohn-Preis-Spirale weiter. Einerseits werden unter dem Druck der Gewerkschaften die Reallöhne nicht gesenkt, und andererseits spielt der Marktpreismechanismus nicht mehr (Kartellabsprachen, Monopole, staatlich fixierte Preise).
- Die Bekämpfung der Stagflation ist äusserst schwierig. Bekämpft man die Preissteigerungen, so erhöht sich die Arbeitslosigkeit, und umgekehrt. In der Schweiz hat heute die Bekämpfung der Inflation erste Priorität.

Das Wechselkurssystem

Handelsbeziehungen zwischen Volkswirtschaften mit verschiedenen Landeswährungen können nur dann funktionieren, wenn es möglich ist, ihre Währung untereinander auszutauschen. Die Preise, zu denen die Währungen gegeneinander ausgetauscht werden, bezeichnet man als Wechselkurse.

Notenkurs:	Devisenkurs:
Der Preis der gehandelten Banknoten und Münzen	Der Preis der Devisen (Devisen: ausländische Zahlungsmittel wie Bankguthaben, Wechsel, Schecks)

Fester Wechselkurs (Fixing)

Beim festen Wechselkurs setzt der Staat die Wechselkurse fest. Diese können sich nur innerhalb einer festgesetzten engen Bandbreite bewegen. Beim Verlassen der Bandbreite wird durch die Zentralbank mit Stützungskäufen oder -verkäufen auf dem Devisenmarkt interveniert.

Gruppenarbeit



Gruppe A

Arbeitsaufträge

- Lesen Sie die Seiten 19 und 20 in diesem Skript.
- Diskutieren Sie in der Gruppe den Inhalt des Gelesenen.
- Jedes Mitglied der Gruppe muss am Ende der Diskussion folgende Fragestellungen verstanden haben, sodass es den Inhalt anderen Gruppen mitteilen kann:
 - Was ist Geld?
 - Welche Funktionen hat das Geld?
 - Woraus besteht die Geldmenge?
 - Wie sieht das (mengenmässige) Verhältnis von Bargeld zu Buchgeld aus?

Bei Fragen/Unklarheiten, welche in der Diskussion in der Gruppe nicht gelöst werden können, soll der Dozent gefragt werden.

Am Ende dieses ersten Teils der Gruppenarbeit hat jedes Mitglied den Text verstanden und sich – sofern notwendig – dazu Notizen gemacht.

Zeit: 20 Minuten



Gruppe B

Arbeitsaufträge

- Lesen Sie die Seiten 21 und 22 in diesem Skript, «Geldschöpfung».
- Diskutieren Sie in der Gruppe den Inhalt des Gelesenen.
- Jedes Mitglied der Gruppe muss am Ende der Diskussion folgende Fragestellungen verstanden haben, sodass es den Inhalt anderen Gruppen mitteilen kann:
 - Wie kann die Nationalbank die Geldmenge vergrössern?
 - Wie kann die Nationalbank die Geldmenge verkleinern?
 - Wie funktioniert die Geldschöpfung der Geschäftsbanken?
 - Welchen Einfluss hat der Mindestreservesatz auf die Geldschöpfung der Geschäftsbanken?

Bei Fragen/Unklarheiten, welche in der Diskussion in der Gruppe nicht gelöst werden können, soll der Dozent gefragt werden.

Am Ende dieses ersten Teils der Gruppenarbeit hat jedes Mitglied den Text verstanden und sich – sofern notwendig – dazu Notizen gemacht.

Zeit: 20 Minuten



Gruppe C

Arbeitsaufträge

- Lesen Sie die Seiten 23 bis 26 in diesem Skript, «Der Geldwert – die Kaufkraft des Geldes im Inland» (Binnenwert).
- Diskutieren Sie in der Gruppe den Inhalt des Gelesenen
- Jedes Mitglied der Gruppe muss am Ende der Diskussion folgende Fragestellungen verstanden haben, sodass es den Inhalt anderen Gruppen mitteilen kann:
 - Was bedeutet Kaufkraft?
 - Wie funktioniert der Landesindex der Konsumentenpreise?
 - Was ist der Unterschied zwischen dem Nominal- und dem Reallohn?

Bei Fragen/Unklarheiten, welche in der Diskussion in der Gruppe nicht gelöst werden können, soll der Dozent gefragt werden.

Am Ende dieses ersten Teils der Gruppenarbeit hat jedes Mitglied den Text verstanden und sich – sofern notwendig – dazu Notizen gemacht.

Zeit: 20 Minuten



Gruppe D

Arbeitsaufträge

- Lesen Sie die Seiten 27 bis 32 in diesem Skript, «Störungen im Wirtschaftskreislauf».
- Diskutieren Sie in der Gruppe den Inhalt des Gelesenen.
- Jedes Mitglied der Gruppe muss am Ende der Diskussion folgende Fragestellungen verstanden haben, sodass es den Inhalt anderen Gruppen mitteilen kann:
 - Was bedeutet Inflation?
 - Was sind die Ursachen der Inflation?
 - Was sind die Folgen der Inflation?
 - Wer ist Gewinner/Verlierer einer Inflation?

Bei Fragen/Unklarheiten, welche in der Diskussion in der Gruppe nicht gelöst werden können, soll der Dozent gefragt werden.

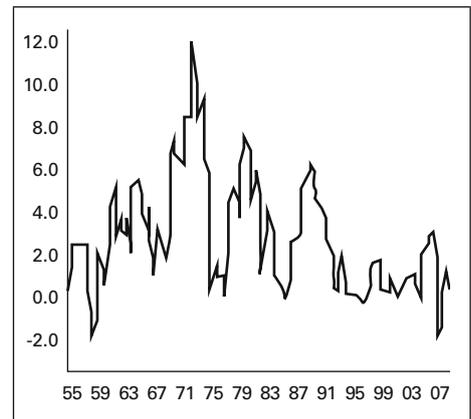
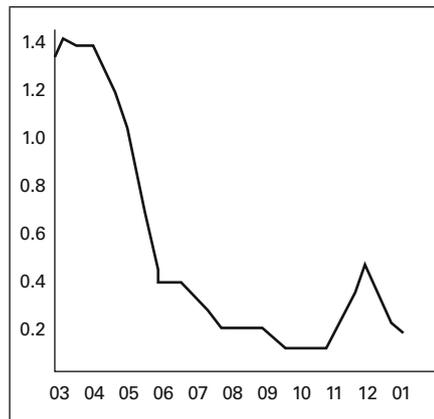
Am Ende dieses ersten Teils der Gruppenarbeit hat jedes Mitglied den Text verstanden und sich – sofern notwendig – dazu Notizen gemacht.

Zeit: 20 Minuten

Preisentwicklung (Jahresdurchschnitt)

Inflation Schweiz – Verbraucherpreisindex (VPI)

Grafiken – historische Inflation



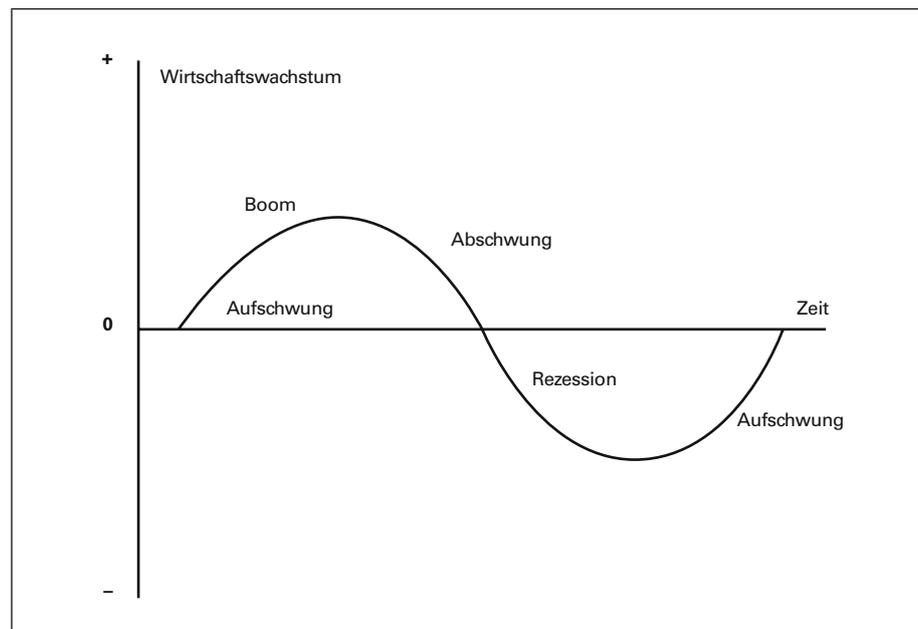
Grafik VPI Schweiz letztes Jahr

Grafik VPI Schweiz langfristig

Quelle: Bundesamt für Statistik, www.statistik.admin.ch (Stand Februar 2011)

2.6 Konjunktur und Konjunkturpolitik

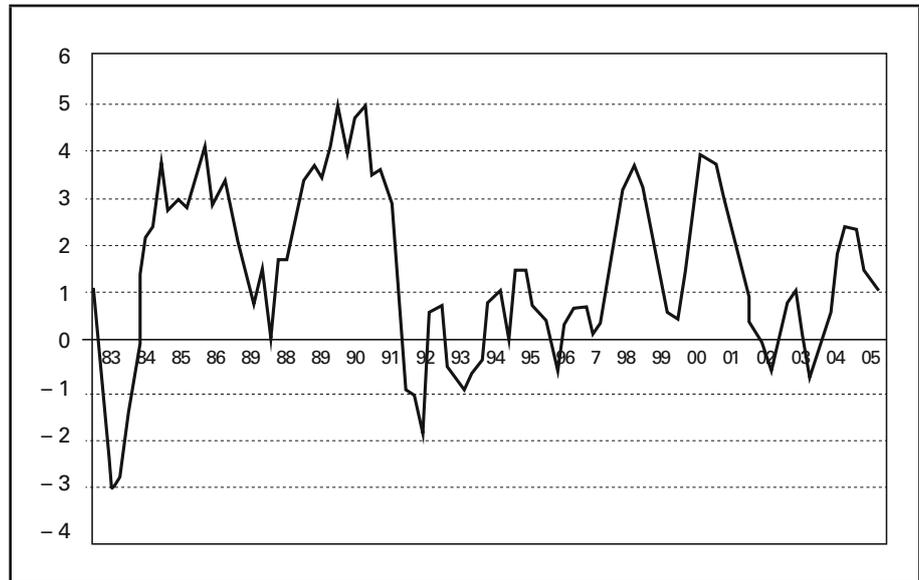
Konjunkturzyklus



Den aktuellen Stand der Schweizer Konjunktur publiziert das SECO quartalsweise. Hier ein Beispiel (aktuelle Zahlen siehe: www.seco.admin.ch).

Langfristige Betrachtung der konjunkturellen Entwicklung:
1981 bis 2005, Quartalszahlen, real

Veränderung des BIP, real



Quelle: www.snb.ch

Konjunkturpolitik

Die beiden bekanntesten Bereiche der Konjunkturpolitik sind die Fiskal- und die Geldpolitik. Um die Konjunktur anzukurbeln heisst dies:

Fiskalpolitik

Wer macht Sie?	Politik (Regierung, Parlament) auf allen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden)
Was wird gemacht?	Steuern senken / Ausgaben erhöhen
Positive Wirkung?	Staatliche Nachfrage erhöht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (Multiplikatorwirkung). Steuersenkung erhöht das verfügbare Einkommen der Haushalte, womit mehr konsumiert werden kann (Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage).
Probleme?	Problem der Staatsverschuldung kann nur gelöst werden, wenn in der Hochkonjunktur Überschüsse erzielt werden. Zeitliche Verzögerung, bis die Massnahmen getroffen sowie umgesetzt werden und zu wirken beginnen (Lags)

Geldpolitik

Wer macht Sie?	Nationalbank
Was wird gemacht?	Erhöhung der Geldmenge durch Kauf von Wertschriften und Devisen, Senkung der Zinsen (und Erhöhung der Kredite)
Positive Wirkung?	Erhöhung der Geldmenge sowie Senkung der Zinsen erhöht die Investitionstätigkeit (= Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (Multiplikatorwirkung)).
Probleme?	Gefahr der Inflation Zeitliche Verzögerung, bis die Massnahmen getroffen sowie umgesetzt werden und zu wirken beginnen

Daneben gibt es noch die automatischen Stabilisatoren

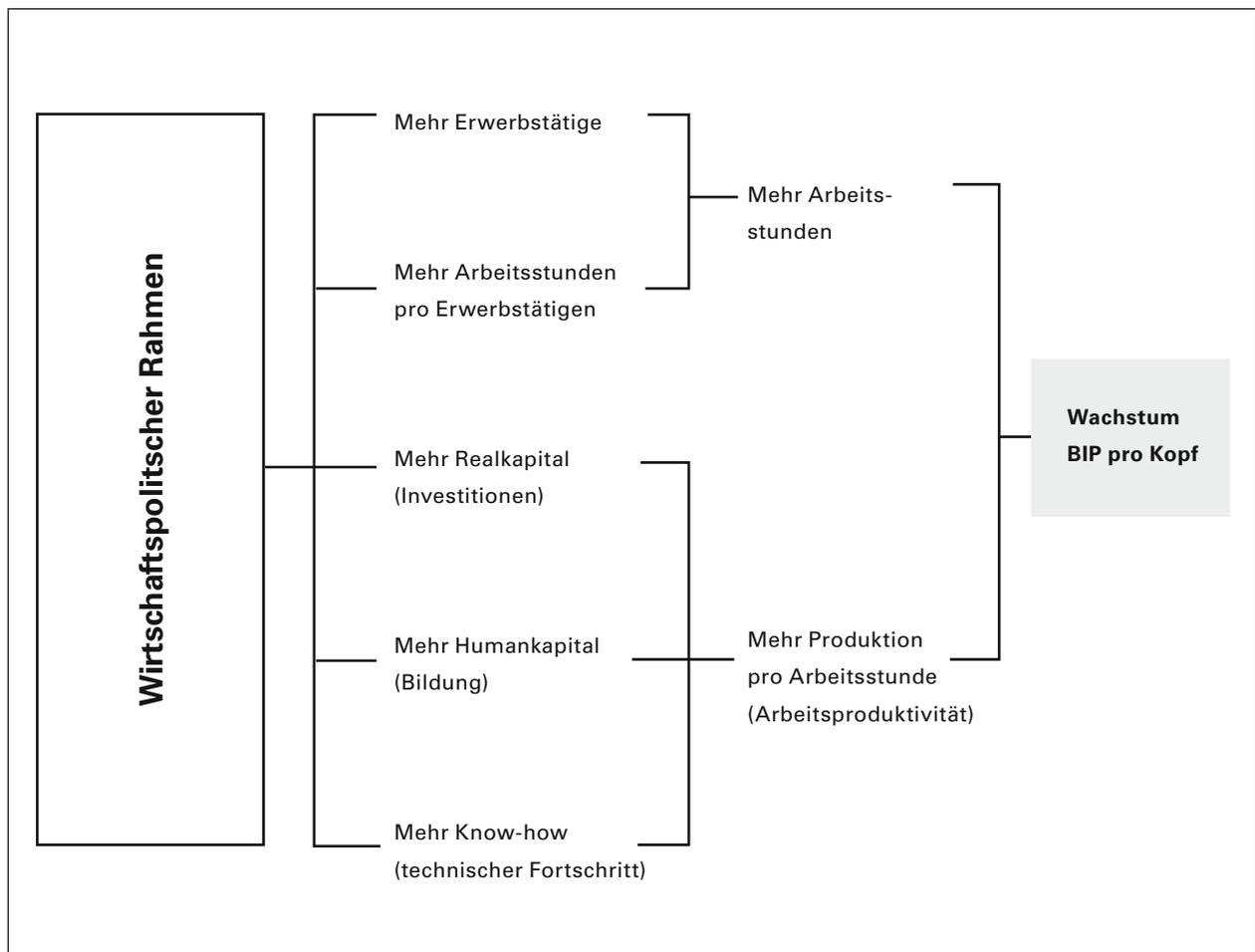
(z.B. Arbeitslosenversicherung):

- Funktionieren wie die Fiskalpolitik (mehr Ausgaben, weniger Einnahmen), haben jedoch viel weniger Verzögerungen (Lags), da keine Entscheidungen mehr gefällt werden müssen.

2.7 Wachstum und Wohlstand

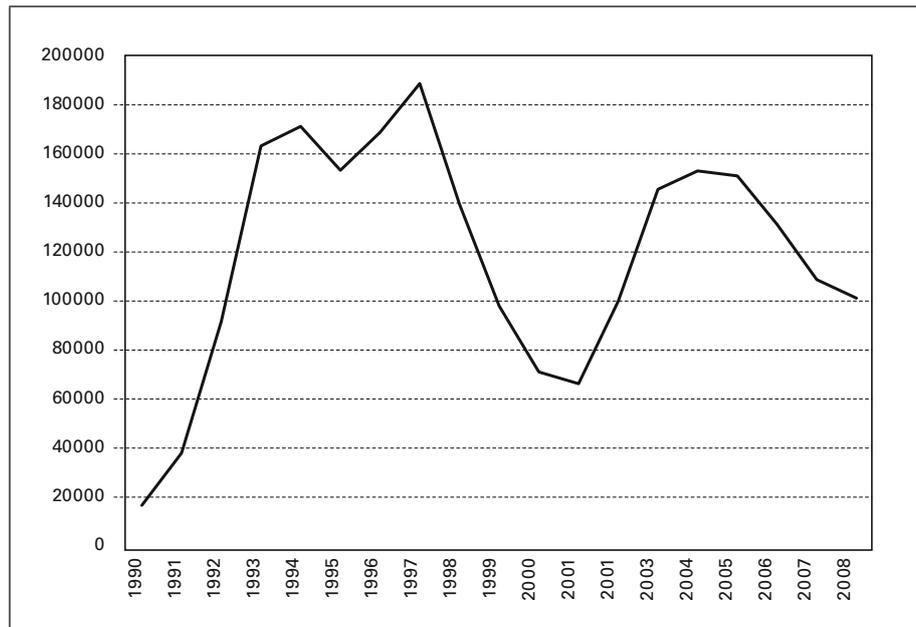
Warum ist die Schweiz so reich?

Quellen des Wachstums



2.8 Arbeitslosigkeit

Entwicklung der registrierten Arbeitslosen von 1990 bis 2008
(Jahresdurchschnitt)



Historische Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Schweiz

Arbeitslosigkeit	1970	1980	1990	2000
Arbeitslose	104	6255	18133	71987
Anteil Langzeitarbeitslose in %	6,6	20,1
Arbeitslosenquote in %	0,0	0,2	0,5	2,0
Männer	...	0,2	0,4	1,7
Frauen	...	0,3	0,6	2,4

Ursachen der Arbeitslosigkeit

NZZ

Arbeitslosigkeit ist keine Lotterie

Über die Ursachen sind sich Ökonomen einig – Probleme bereitet die Therapie

Von Wolfgang Franz



Bei aller Freude an der Kontroverse um Detailfragen sind sich Ökonomen in der Erklärung des Phänomens weitgehend einig. Arbeitslosigkeit ist kein gottgegebener Schicksalsschlag, sondern entsteht aus dem Zusammenspiel von Funktionsstörungen im Arbeitsmarkt und konjunkturellen Schwankungen. Wie der Autor im Folgenden zeigt, sind auch die Therapiemassnahmen, die zu ergreifen wären, grösstenteils bekannt. An was es vielerorts noch mangelt, ist deren Umsetzung; und das nicht zuletzt deshalb, weil ihr oft mächtige Partikularinteressen entgegenstehen. (Red.)

Im Jahre 1798 schrieb Thomas Robert Malthus, einer der bedeutenden Klassiker der Nationalökonomie, über Arbeitslose: "These are the unhappy persons, who in the great lottery of life, have drawn a blank." Wirklich? Ist Arbeitslosigkeit tatsächlich ein (Un-)Glücksspiel? Kann die Anzahl der Nieten verringert werden? Ist es dem Einzelnen möglich, darauf Einfluss zu nehmen?

"Europe jobless – America penniless"?

In den letzten vierzig Jahren hat sich die Anzahl der Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten in etwa verdoppelt. Davon kann in Europa kaum die Rede sein, im Gegenteil, die letzten Jahre waren in einigen Ländern durch Arbeitsplatzverluste gekennzeichnet. Die Kehrseite der US-Medaille besteht anscheinend in einer höheren Ungleichheit der Einkommenschancen. Obwohl die neuen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten überwiegend in den oberen Qualifikations- und damit Einkommensegmenten geschaffen wurden, erlitten viele amerikanische Arbeitnehmer im unteren Qualifikationsbereich reale Einkommenseinbussen, bis hin zum Problem der «Working Poor», also der Beschäftigten, deren Arbeitseinkommen nicht zur Sicherung

ihres Lebensunterhalts ausreicht. Westeuropa hingegen verfügt über ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung, und die Lohnstruktur hat sich nicht sehr gravierend verändert. Stimmt mithin der Ausspruch "Europe jobless – America penniless", auf den der Ökonom Paul Krugman die transatlantischen Unterschiede zuzuspitzen versuchte? Zumindest müsste dem nicht so sein.

Breiter Konsens – schwierige Umsetzung

Mitunter herrscht in der Öffentlichkeit die Vorstellung, dass die Zunft der Nationalökonominnen bei der Analyse des Themas Arbeitslosigkeit vor allem durch Konfusion und Kontroversen auffalle. Bei allem Streit um Detailfragen, welcher in der Wissenschaft teilweise aus Profilierungsneurose überpointiert ausgetragen wird, sollte der beträchtliche Konsens nicht übersehen werden. Ökonomen unterscheiden sich weniger darin, welche Ursachen zur Erklärung der Arbeitslosigkeit in Frage kommen, als in der Beurteilung der quantitativen Bedeutung der einzelnen Faktoren für ein bestimmtes Land und einen gegebenen Zeitraum.

Schwieriger als Diagnose und Therapieempfehlung ist es allerdings, Wege zur Umsetzung der als sinnvoll erachteten Massnahmen zu finden. Wie sollen beispielsweise die Arbeitsplatzbesitzer – gegebenenfalls vertreten durch ihre Gewerkschaften – oder die Regierung dazu gebracht werden, Lohnzurückhaltung zu üben, um den Arbeitslosen zu besseren Beschäftigungschancen zu verhelfen? Wie sollen Beschäftigte dazu gebracht werden, einer beschäftigungsfördernden Flexibilisierung der Arbeitsmarktordnung zuzustimmen, wenn dadurch ihre eigene Situation unsicherer werden könnte? Mehr noch, eine vielversprechende Therapie kann sich in einer anderen Situation als untauglich erweisen: Lohnzurückhaltung hilft viel, wenn zu hohe Lohnkosten die Ursache der Arbeitslosigkeit darstellen, aber kaum etwas, wenn ein gesamtwirtschaftliches Nachfragedefizit nach Gütern und Dienstleistungen für die Unterbeschäftigung verantwortlich ist.

«Quasi-gleichgewichtige» Arbeitslosigkeit

Vor dem Hintergrund der höchst umfangreichen Literatur zum Thema bietet sich zum besseren Verständnis eine Unterscheidung in zwei Ursachenkomplexe an: Arbeitslosigkeit kann einerseits bedingt sein durch konjunkturelle Probleme und andererseits hervorgerufen durch Funktionsstörungen auf den Arbeits- und Gütermärkten.

Weil sie – zumindest in weiten Teilen Europas und besonders in Deutschland – die derzeit bedeutendere Ursache der Arbeitslosigkeit darstellen, stehen die Funktionsstörungen (welche die sogenannte «strukturelle Arbeitslosigkeit» erzeugen) im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung. Alle Funktionsstörungen zusammengenommen verursachen eine «quasi-gleichgewichtige Arbeitslosigkeit»: «gleichgewich-

tig», weil sie sich ohne Reformen der Organisation des Arbeitsmarkts und seiner Regulierung als ziemlich persistent hoch erweist, «quasi», weil ein solcher Zustand nicht jedermann zufriedenstellt, also zu einem Überdenken diverser wirtschaftlicher Aktivitäten Anlass geben sollte. Zur Erklärung dieser quasi-gleichgewichtigen Arbeitslosigkeit sind drei grössere Gruppen von Funktionsstörungen zu thematisieren.

Beschäftigungshemmende Lohnfindung

Die erste funktionelle Ursache der Arbeitslosigkeit umfasst alle Aspekte, die mit der Lohnhöhe und -struktur und dem institutionellen Gefüge des Lohnbildungsprozesses zusammenhängen. Zu hohe Lohnkosten – im Vergleich zur Produktivität und besonders zu konkurrierenden Unternehmen auf den Weltmärkten – sind heute häufig ein gravierendes Beschäftigungshemmnis.

Vereinte Interessen

Eine zurückhaltende Lohnpolitik durchzusetzen ist vor allem deshalb schwierig, weil es häufig sowohl für die Arbeitnehmer wie auch die Unternehmen ökonomisch rational sein kann, Löhne zu vereinbaren, die oberhalb des mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Niveaus liegen. Denn warum sollen die Arbeitsplatzbesitzer Lohnzurückhaltung üben, solange ihre eigenen Arbeitsplätze einigermaßen sicher sind und sie keine Lohndrückerei seitens der Arbeitslosen fürchten müssen? Da in der Regel hohe Einarbeitungskosten anfallen würden und eine Verschlechterung des Betriebsklimas nicht zu vermeiden wäre, müssen sich die Arbeitsplatzbesitzer meist kaum davor fürchten, dass Arbeitgeber in grösserem Umfang Arbeitslose einstellen, nur weil diese bereit sind, zu tieferen Löhnen zu arbeiten. Dazu kommen die sozialen Normen, welche ein solches Verhalten ohnehin brandmarken. Unternehmer sind vielfach durchaus bereit, Lohnzugeständnisse zu machen, selbst wenn damit Arbeitslosigkeit einhergeht. Eine gewisse Arbeitslosigkeit hat für Arbeitgeber den Vorteil, dass sie Bummelanten und Drückeberger disziplinieren hilft. Aus der Sicht der einzelnen Firma senkt sie die Gefahr unerwünschter Abwanderungen qualifizierter Arbeitnehmer zur Konkurrenz. Überdies kann ein Unternehmen, das für seine relativ grosszügigere Gehaltspolitik bekannt ist, aus einer grösseren Anzahl von Bewerbern um freie Arbeitsplätze auswählen.

Arbeitslose ohne Stimme

Es liegt nahe, vor diesem Hintergrund dafür zu plädieren, den Arbeitslosen ein grösseres Mitspracherecht bei der Lohnbildung einzuräumen, aber die Bereitschaft der Gewerkschaften dazu erscheint noch sehr steigerungsfähig.

Die Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung wird zudem geschwächt, wenn die Arbeitnehmer feststellen, dass die in Aussicht gestellten Beschäftigungsgewinne ausbleiben, obwohl sie aus ihrer Perspektive Lohnzurückhaltung geübt haben. Verständlicherweise schauen die Arbeitnehmer auf den Lohn, der ihnen nach Bereinigung um die gestiegenen Lebenshaltungskosten und nach Abzug der Steuern und Abgaben zur Sozialversicherung noch verbleibt. Diesem «Konsumlohn» stehen die realen Lohnkosten des Unternehmens gegenüber, der «Produktlohn», der alle Lohnzusatzkosten erfasst und die Verkaufspreise der hergestellten Produkte zur Grundlage der Preisbereinigung macht. In Deutschland wurde zwischen 1994 und 1998 ein beträchtlicher Keil zwischen Konsum- und Produktlohn in Höhe von rund 10% geschoben: Der Konsumlohn sank absolut um etwa 2%, während der Produktlohn um rund 8% stieg. Das erklärt den Unmut der Arbeitnehmer, da es aus ihrer Sicht trotz Lohnzurückhaltung nicht zu einem Beschäftigungsaufbau kam. Versagt hat die Finanz- und Sozialpolitik.

Zu wenig Chancen für Niedrigqualifizierte

Arbeitslosigkeit trifft hauptsächlich gering qualifizierte Arbeitnehmer, sei es auf Grund der stärkeren Internationalisierung der Märkte, sei es als Folge eines zunehmenden technischen Fortschritts, der vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte einspart. Zwar muss der Arbeitnehmer in der Schweiz nicht generell fürchten, dass seine Entlohnung auf das in Indien herrschende Niveau herunterkonkurriert wird. Gleichwohl ist dies für den Bereich der Güter, die transportiert werden können («handelbare Güter») und zu deren Herstellung es gering qualifizierter Arbeit bedarf, keine völlig unrealistische Perspektive. Es kommt also darauf an, einerseits die Arbeitnehmer besser zu qualifizieren, damit sie produktivere Tätigkeiten verrichten können, und andererseits mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich nicht handelbarer Güter zu schaffen, also vor allem im Dienstleistungssektor, denn niemand fliegt nach Neu-Delhi, um dort die preisgünstigeren Dienste eines Coiffeurs in Anspruch zu nehmen.

Auch hierzulande steigt die Nachfrage nach gering qualifizierten Dienstleistungen, wenn die Lohnkosten dafür fallen. Dies gilt für nettes Servicepersonal in Supermärkten, welches die Ware verpackt und ans Auto bringt, bis hin zu freundlichen Hilfen in den Hotels, von der Übernahme lästiger häuslicher Dienste erst gar nicht zu sprechen. Die mit einer weiteren Spreizung der Löhne im unteren Bereich verbundene Gefahr einer Zunahme der erwähnten «Working Poor» kann

durch innovative Kompensationsmodelle angegangen werden, etwa indem ohnehin anspruchsberechtigten Empfängern von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe das nunmehr niedrigere Arbeitsentgelt bei der gewünschten Aufnahme einer gering qualifizierten Tätigkeit nicht oder nur teilweise auf die Unterstützungszahlungen angerechnet wird.

Institutionelles Regelwerk als Jobkiller

Beim institutionellen Gefüge ist gerade in Deutschland die grosse Herausforderung die, (wieder) eine hinreichende beschäftigungsfördernde Flexibilität zu sichern. Dies bedeutet nicht, dass unbedingt die Tarifautonomie der Sozialpartner zur Disposition gestellt und die Lohnfindung gänzlich auf die betriebliche Ebene verlagert werden muss. Vielmehr gilt es, die Tarifverträge mit Hilfe von wirksamen Öffnungsklauseln so zu flexibilisieren, dass in Unternehmen erforderlichenfalls vom Tarifvertrag auch zuungunsten der Beschäftigten abgewichen werden kann, wenn darüber mehrheitlicher Konsens besteht. In diesem Zusammenhang versprechen Gewinnbeteiligungsmodelle ein konstruktiveres Verhandlungsklima, weil Arbeitnehmer, die zu Recht oder zu Unrecht fürchten, über den Tisch gezogen zu werden, am (unerwartet) besseren Unternehmenserfolg, so er denn eintritt, beteiligt sind und nicht fürchten müssen, leer auszugehen.

Falsche Anreize

Die zweite Gruppe von beschäftigungshemmenden Funktionsstörungen betrifft die Anreizwirkung des institutionellen Regelwerks insgesamt. Dazu gehört das System der Arbeitslosenversicherung ebenso wie Regeln des Kündigungsschutzes, um nur zwei Beispiele zu nennen. Empirische Untersuchungen warnen vor einer Überschätzung einer «Arbeitslosengeld-induzierten Arbeitslosigkeit» und lasten den verbliebenen Effekt am ehesten einer zu langen Dauer der Unterstützungszahlungen an. Da Arbeitsunwilligkeit sich am deutlichsten bei der Ablehnung eines zumutbaren Arbeitsplatzangebots entlarvt, ist hier anzusetzen und sind Arbeitslose möglichst nachdrücklich zu Such- und Qualifikationsaktivitäten anzuhalten. Auch beim Kündigungsschutz geht es nicht darum, den Arbeitnehmer schutzlos etwaigen Willkürmassnahmen auszusetzen, sondern dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschriften nicht ausschliesslich die Arbeitsplatzbesitzer schützen. Eine Sozialklausel mag zwar beschäftigte ältere Arbeitnehmer vor Entlassung bewahren, verringert aber gleichzeitig die Einstellungschancen älterer Arbeitsloser, weil diesen später kaum wieder gekündigt werden kann.

Mangelnde Übereinstimmung der Profile

Eine dritte Gruppe von Funktionsstörungen im Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit verursacht, bezieht sich darauf, dass die Profile von Arbeitslosen und freien Arbeitsplätzen nicht übereinstimmen. Ein Unternehmen in Bern, welches händeringend einen Spezialisten für computergestützte Werkzeugmaschinen sucht, und ein arbeitsloser Bauhilfsarbeiter kommen nicht zusammen, oder der gesuchte Spezialist mag nicht von Chur nach Bern umsiedeln. Die daraus entstehende «Mismatch-Arbeitslosigkeit» kann beträchtlich sein. Umschulungen und Mobilitätshilfen mögen diese reduzieren helfen.

Gefährliche Verstärkungswirkung konjunktureller Störungen

Konjunkturschwankungen verursachen Abweichungen der tatsächlichen Arbeitslosigkeit von ihrem quasi-gleichgewichtigen Wert. Einer ausschliesslich konjunkturbedingten Unterbeschäftigung ist mit Lohnzurückhaltung nicht beizukommen. Dies zeigt die in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelte «Ungleichgewichtsökonomik»: Die Unternehmen stellen Absatzeinbussen fest und entlassen deshalb Beschäftigte. Die dadurch arbeitslos Gewordenen schränken ihren Konsum ein, womit sich die Unternehmen mit erneuten Absatzverlusten konfrontiert sehen, und so weiter, bis der Prozess zum Stillstand kommt, möglicherweise bei erheblicher Unterbeschäftigung, wie etwa zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Dieser gefährlichen Spirale muss durch eine Stabilisierungspolitik entgegengesteuert werden. Ein keynesianisch orientiertes Nachfragemanagement hat genau das zum Ziel: Der Staat wirkt in rezessiven Konjunkturphasen dem Nachfrage-defizit entgegen, indem er mehr ausgibt. Dabei macht er Schulden, die er in der Hochkonjunktur dank zurückhaltender Nachfrage und entsprechenden Haushaltsüberschüssen zurückzahlen kann.

Schwierige Umsetzung – teures Zuwarten

Die konsequente Umsetzung einer keynesianischen Politik-Konzeption ist äusserst schwierig. Budgetüberschüsse zu erzielen fällt den Politikern erfahrungsgemäss ungleich schwerer als Schulden zu machen. Abgesehen davon kann bei der heutigen internationalen wirtschaftlichen Verflechtung ein Land alleine keine erfolgreiche Stabilisierungspolitik mehr betreiben. «Deficit spending» muss dem – derzeit nicht absehbaren – Fall einer international auftretenden schweren konjunkturellen Störung vorbehalten bleiben.

Arbeitslosigkeit tatenlos hinzunehmen kann allerdings schnell gefährlich werden, weil sich aus der ursprünglich konjunkturellen Unterbeschäftigung leicht eine persistente Arbeitslosigkeit entwickelt. Konjunktur und Funktionsstörungen stehen oft miteinander in Zusammenhang. Ein wichtiges Verbindungsglied ist das «Hysterese-Phänomen», welches in seiner Essenz sagt: Arbeitslosigkeit erzeugt Arbeitslosigkeit. Wenn sich beispielsweise ein derzeit Beschäftigter

und ein Arbeitsloser bei sonst völlig identischen Qualifikationen um eine ausgeschriebene Stelle bewerben, erhält meist der Beschäftigte den Zuschlag. Der Arbeitslose wird allmählich stigmatisiert. Wirtschaftspolitisch folgt daraus: So kostspielig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch sein mag, der Kampf wird umso teurer, je länger damit gewartet wird.

Die Rezepte sind vorhanden

Alles in allem sind sich Ökonomen heute einig, dass sich Thomas Robert Malthus in seiner eingangs zitierten Auffassung irrte. Arbeitslosigkeit ist keine Lotterie, und die Anzahl der Nieten kann erheblich verringert werden; wenn auch nie ganz auf Null. Jeder einzelne Arbeitnehmer kann sein individuelles Arbeitslosigkeitsrisiko durch ständige Weiterqualifikation vermindern. Die Tarifvertragsparteien können mit Hilfe einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik im Hinblick auf die Höhe und die Struktur der Arbeitsentgelte beträchtlich zum Beschäftigungsaufbau beitragen. Der Staat kann ein Übriges tun und ein beschäftigungsfreundliches institutionelles Regelwerk schaffen, indem er den Keil zwischen Produkt- und Konsumlohn möglichst klein hält und – wenn es die Situation einmal erfordern sollte – eine angemessene Stabilisierungspolitik betreibt.



Gruppen-Auftrag:

- Welche Ursachen für die Arbeitslosigkeit werden in diesem Text genannt?
- Nennen Sie zu jeder Ursache entsprechende Massnahmen, wie die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könnte.
- Sehen Sie weitere Ursachen der Arbeitslosigkeit?
- Glauben Sie persönlich, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgeht? Dass der technologische Fortschritt per Saldo Arbeitsstellen vernichtet?

Zusammenfassung:

Erklärungsversuche – Ursachen und Heilmittel für die Arbeitslosigkeit

Ursachen der Arbeitslosigkeit	Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit	Bemerkung/Bewertung

2.9 Globalisierung

Einstiegsaufgabe

Auf einer einsamen Insel leben Robinson und Freitag.
Zu essen gibt es nur Fische und Früchte.

Robinson arbeitet pro Tag insgesamt 8 Stunden, um Fische zu fangen und/oder Früchte zu sammeln. Pro Arbeitsstunde kann er im Schnitt entweder 1 Fisch fangen oder 3 Früchte finden.

Ein durchschnittlicher Tag sieht im Moment so aus:

	Arbeitsaufwand (Input)	Ertrag (Output)
Fische	6 Stunden	6 Fische
Früchte	2 Stunden	6 Früchte

Der Eingeborene Freitag arbeitet pro Tag ebenfalls 8 Stunden.
Er kann hingegen pro Stunde 3 Fische fangen oder 4 Früchte finden.

Ein durchschnittlicher Tag sieht im Moment so aus:

	Arbeitsaufwand (Input)	Ertrag (Output)
Fische	5 Stunden	15 Fische
Früchte	3 Stunden	12 Früchte

Frage:

Was gibt es für Möglichkeiten für Robinson bzw. für Freitag, ihren Wohlstand (= Fische und Früchte) zu erhöhen? Beschreiben Sie, was konkret gemacht werden könnte.

Annahmen: Inputfaktoren bleiben gleich (keine zusätzliche Arbeitszeit, keine verbesserten oder neuen Technologien, kein neues Wissen, keine neuen Rohstoffe usw.)

Definition und Voraussetzung

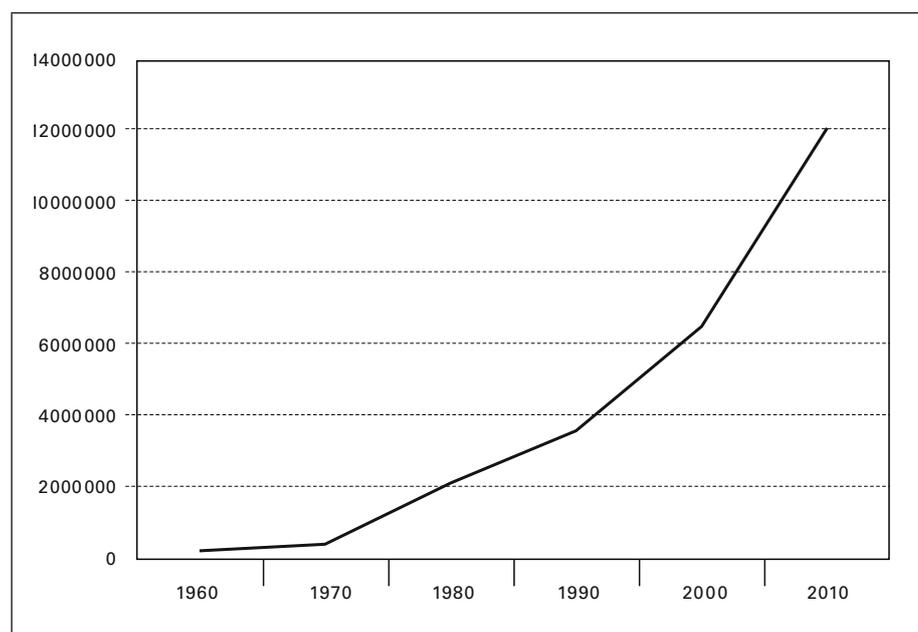
Unter der Globalisierung versteht man die **Zunahme** der Grenz-
überschreitungen von

- Gütern
- Dienstleistungen
- Kapital
- Informationen
- Personen
- Schadstoffen
- Kriminalität

Als Voraussetzung für diese starken Zunahmen sind verantwortlich:

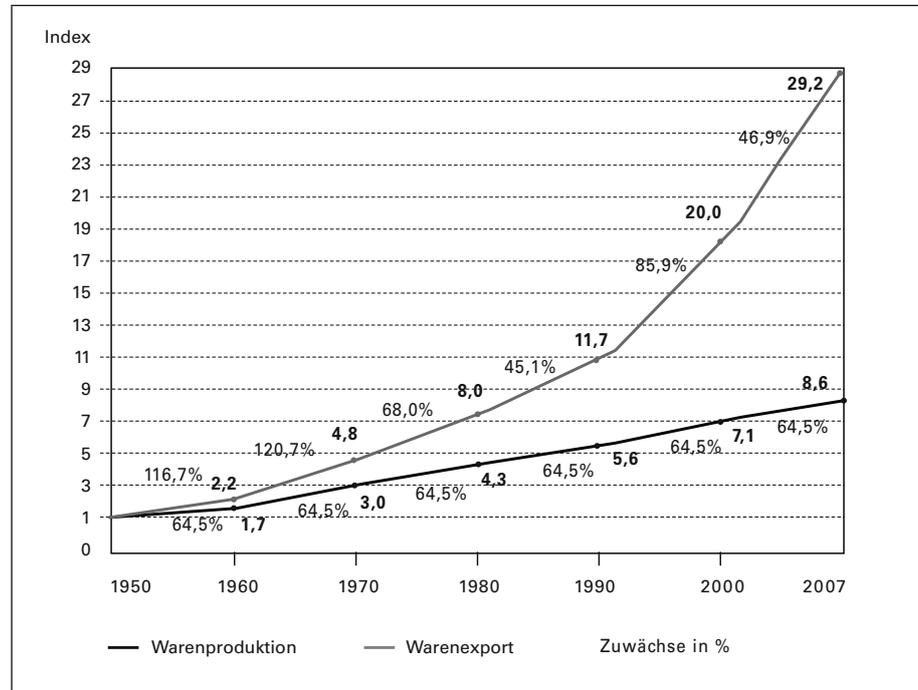
- Technologien
 - Günstige Transportmittel
(Schiffe, Eisenbahn, Strassen, Flugzeuge)
 - Telekommunikationstechnologie
(Telefon, Fax, Mobilfunk, Radio, TV usw.)
 - IT (Computer, Internet)
- Freihandel
 - Erlaubnis für Grenzüberschreitungen
(von Personen, Kapital, Gütern, Dienstleistungen usw.)

Zunahme der Weltexporte (in Mio. US\$)



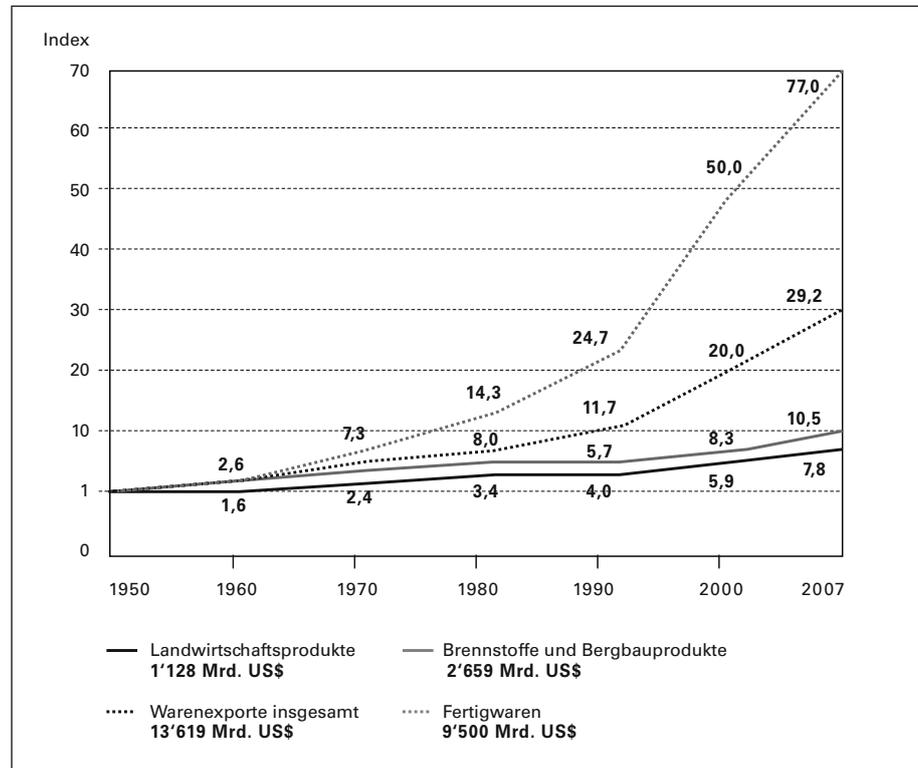
Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels

Index (1950 = 1), in konstanten Preisen, Zuwächse in Prozent, weltweit 1950 bis 2007



Entwicklung des Warenexports nach Warengruppen

Index (1950 = 1), in konstanten Preisen, weltweit 1950 bis 2007



Vor- und Nachteile der Globalisierung

